

Entwurf 23.07.96
endgültig
KOM(96) 389

GRÜNBUCH

**„LEBEN UND ARBEITEN
IN DER
INFORMATIONSGESELLSCHAFT:
IM VORDERGRUND DER MENSCH“**

1. **In der Informationsgesellschaft soll der Mensch im Vordergrund stehen – Zusammenfassung**
 - 1.1 **Arbeiten in der Informationsgesellschaft (Kapitel 3)**
 - 1.2 **Beschäftigung in der Informationsgesellschaft (Kapitel 4)**
 - 1.3 **Zusammenhalt: Leben in der Informationsgesellschaft (Kapitel 5)**
 - 1.4 **Leitlinien für die Informationsgesellschaft (Kapitel 6)**

2. **WESHALB EIN GRÜNBUCH? – AUFFORDERUNG ZU EINEM POLITISCHEN, SOZIALEN UND STAATSBÜRGERLICHEN DIALOG**

3. **ARBEITEN IN DER INFORMATIONSGESELLSCHAFT**
 - 3.1 **Die Probleme: Die berufliche Qualifikation wird revolutioniert, die Arbeitsplätze werden unsicher**
 - 3.2 **Die Tatsachen: Eine neue Arbeitswelt**
 - 3.3 **Die erste Herausforderung: die Wissensbasis und das Bewußtsein für neue Formen der Arbeitsorganisation schaffen**
 - 3.4 **Die zweite Herausforderung: Kleine und mittlere Unternehmen (KMU) müssen die Vorteile der IG voll für sich nutzen können**
 - 3.5 **Die dritte Herausforderung: Die das Arbeitsleben lenkenden Mechanismen modernisieren**
 - 3.6 **Ein neues Konzept zur Absicherung**
 - 3.7 **Eine neue Kultur der Antizipation**
 - 3.8 **Weiter zu untersuchende Fragen**

4. **BESCHÄFTIGUNG IN DER INFORMATIONSGESELLSCHAFT**
 - 4.1 **Die Probleme: Zunahme der Arbeitslosigkeit und Ende der Erwerbstätigkeit?**
 - 4.2 **Die Tatsachen: Stetige Zunahme der Beschäftigung seit 1960**
 - 4.3 **Die erste Herausforderung: Vermeidung einer Kirchturmpolitik**
 - 4.4 **Die zweite Herausforderung: Effektivere Bewältigung des Prozesses der Umwandlung von Arbeitsplätzen**
 - 4.5 **Die dritte Herausforderung: Schließung der Qualifikationslücke**
 - 4.6 **Eine Überprüfung der allgemeinen und beruflichen Bildung, die nicht hinter der Revolution bei den IKT zurückbleibt**
 - 4.7 **Die Plattform: Neue Prioritäten der Konvergenzprogramme**
 - 4.8 **Weiter zu untersuchende Fragen**

5. **ZUSAMMENHALT: LEBEN IN DER INFORMATIONSGESELLSCHAFT**
 - 5.1 **Die Probleme: Konzentration oder Zusammenhalt?**
 - 5.2 **Die Tatsachen: Der Unterschied liegt in den staatlichen Maßnahmen**
 - 5.3 **Die erste Herausforderung: Das Beste aus dem neuen Rechtsrahmen machen**
 - 5.4 **Die zweite Herausforderung: die Grundlage der Humanressourcen**
 - 5.5 **Die dritte Herausforderung: Integration und mehr Kompetenz**
 - 5.6 **Konsolidierung des Fortschritts**
 - 5.7 **Weiter zu untersuchende Fragen:**

6. **DIE INFORMATIONSGESELLSCHAFT – DER EUROPÄISCHE WEG**

1. IN DER INFORMATIONSGESELLSCHAFT SOLL DER MENSCH IM VORDERGRUND STEHEN – ZUSAMMENFASSUNG

1. Derzeit erleben wir eine historische Epoche des technologischen Umbruchs, der durch die Entwicklung und die zunehmende Anwendung von Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT) hervorgerufen wird. Dieser Prozeß ist anders und verläuft schneller als alles, was die Menschheit bisher gesehen hat. Ihm wohnt ein ungeheures Potential inne, das zu größerem Reichtum, höherem Lebensstandard und besseren Dienstleistungen führen kann.
2. Die IKT sind bereits voll in unseren Alltag einbezogen; ihre nützlichen Hilfsmittel und Dienstleistungen benutzen wir zu Hause, am Arbeitsplatz – kurz gesagt, überall. Die Informationsgesellschaft liegt nicht irgendwo in der Zukunft, sie existiert bereits im täglichen Leben. Durch sie erhält die uns vertraute Gesellschaft eine neue Dimension von zunehmender Bedeutung. Die Produktion von Gütern und die Erbringung von Dienstleistungen – beides basiert immer mehr auf Wissen.
3. Wie schnell die IKT eingeführt werden, unterscheidet sich jedoch nach Ländern, Regionen, Wirtschaftssektoren, Industriezweigen und Unternehmen. Vorteile – in der Form höheren Wohlstands – und Kosten – in der Form der durch den Wandel hervorgerufenen Belastungen – sind ungleichmäßig auf die verschiedenen Teile der Europäischen Union und auf ihre Bürger verteilt. Verständlicherweise sind die Menschen verängstigt und wollen Antwort auf ihre Fragen nach der Auswirkung dieser Technologien. Ihre Besorgnisse lassen sich in zwei Fragen zusammenfassen:
 - Bei der ersten geht es um die Beschäftigung: Werden diese Technologien nicht Arbeitsplätze eher vernichten als schaffen? Werden sich die Menschen die veränderte Arbeitsweise zu eigen machen können?
 - Die zweite Frage betrifft Demokratie und Gleichheit: Wird die Kluft zwischen industrialisierten und weniger entwickelten Gebieten, zwischen jung und alt, zwischen Wissenden und Unwissenden durch die Komplexität und die Kosten der neuen Technologien nicht noch vertieft?
4. Um diese Besorgnisse zu entkräften, brauchen wir öffentliche Strategien, mit deren Hilfe wir die Früchte des technologischen Fortschritts ernten können und die einen fairen Zugang zur Informationsgesellschaft und eine angemessene Nutzung des Wohlstandspotentials gewährleisten. Das vorliegende Grünbuch will die Debatte über den Aufbau der europäischen Informationsgesellschaft anregen; es legt das Schwergewicht auf die Schlüsselfragen Arbeitsorganisation, Beschäftigung und sozialen Zusammenhalt.

1.1 Arbeiten in der Informationsgesellschaft (Kapitel 3)

5. Die IKT haben die Kosten für die Informationsverarbeitung und -speicherung in den letzten 50 Jahren erheblich reduziert. Derzeit erleben wir eine vergleichbare Verringerung der Kosten für die Informationsübertragung. Hier setzt die Revolution der Informationsverteilung ein. Auf diese Weise werden das Arbeitsleben, die Unternehmensorganisation und die gesamte Gesellschaft umgeformt. Unternehmen werden aus hierarchisch organisierten, komplizierten Organisationen mit einfachen Arbeitsaufgaben zu stärker dezentralisierten und netzorientierten Organisationen mit komplizierteren Arbeitsaufgaben umgebildet. Die erfolgreichsten Unternehmen verbinden in einem integrierten Ansatz die Informations- und Kommunikationstechnologien mit allgemeiner und beruflicher Bildung und mit organisatorischer Umwandlung. Bei der Förderung dieses Ansatzes stellt sich eine Reihe von Herausforderungen.
- Zunächst geht es darum, Erkenntnisse zu gewinnen und für die Möglichkeit des neuen Musters der Arbeitsorganisation, sowohl eine höhere Produktivität als auch eine größere Arbeitszufriedenheit zu erreichen, zu sensibilisieren.
 - Zum anderen sind die KMU, die in der EU die Arbeitsplätze schaffen, in die Lage zu versetzen, die Möglichkeiten dieses Wandels optimal zu nutzen, um wettbewerbsfähiger zu werden.
 - Schließlich handelt es sich darum, die vertraglichen Rahmenbedingungen des Arbeitslebens zu modernisieren, um Flexibilität und Sicherheit miteinander in Einklang bringen zu können.

1.2 Beschäftigung in der Informationsgesellschaft (Kapitel 4)

6. In Europa war jahrzehntelang ein kontinuierliches, aber niedriges Beschäftigungswachstum zu verzeichnen. Die Einführung der IKT hat die Zuwachsraten bei der Schaffung von Arbeitsplätzen anscheinend nicht verändert. Das Wachstum hat sich, wenn überhaupt, eher günstiger auf die Entstehung von Arbeitsplätzen ausgewirkt. Die Einführung der IKT hat allerdings die Arbeitsanforderungen erheblich beeinflusst, und die Beschäftigungspolitik muß sich stärker auf Investitionen in Humanressourcen konzentrieren. Dies wird deutlich, wenn man sich das bereits bestehende Mißverhältnis zwischen dem Angebot an Fachwissen und der Nachfrage nach neuen Fähigkeiten vor Augen hält – das Phänomen des Arbeitsmarkts mit zwei Geschwindigkeiten.
- Europa benötigt eine gründliche Überprüfung der allgemeinen und beruflichen Bildung, die sich mit der Revolution bei den Informations- und Kommunikationstechnologien messen und mit der ständigen technologischen Entwicklung in der nächsten Zeit Schritt halten kann.

- Beim Bildungssystem muß eine Umstellung vom Lehren auf das Lernen stattfinden. In den Unternehmen muß das Prinzip des „Learning by doing“ stärkere Verbreitung finden. Den Arbeitslosen muß anstatt Aussicht auf Langzeitarbeitslosigkeit und einen Qualifikationsrückgang eine Umschulung angeboten werden .

1.3 Zusammenhalt: Leben in der Informationsgesellschaft (Kapitel 5)

7. Die Stärkung des wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalts ist nach wie vor ein vorrangiges Ziel der Europäischen Union. Die Pro-Kopf-Einkommen in den Mitgliedstaaten haben sich, wenn auch langsam, aneinander angenähert, aber die Unterschiede zwischen einzelnen Regionen innerhalb desselben Mitgliedstaates sind im Laufe der Zeit eher noch größer geworden. Die IKT können bei der Unterstützung der regionalen und lokalen Entwicklung sowie bei der Förderung der Integration und der Übertragung von Befugnissen eine wichtige Rolle spielen; das Hauptproblem dabei ist die optimale Nutzung der Möglichkeiten der neuen Technologien für den wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalt sowie die Minimierung ihrer Risiken.
 - Eine erste Herausforderung besteht darin, sicherzustellen, daß es in der gesamten Europäischen Union zu einer vollständigen und raschen Liberalisierung der Telekommunikation kommt, und daß sich der neue Rechtsrahmen für die Zielsetzungen des Zusammenhalts einsetzt.
 - Ferner stellt sich die Aufgabe, die Strukturfonds und die Informationsgesellschaft stärker zu integrieren, um den Zugang zu den modernen IKT und deren Nutzung zu fördern. Ein stärkeres Engagement vor Ort, über lokale und regionale Beschäftigungspakte, könnte sich als ein wertvolles Instrument einer neuen, stärker an der Beschäftigung und den Humanressourcen orientierten Politik des Zusammenhalts erweisen.
 - Drittens ist sicherzustellen, daß die Informationsgesellschaft zu einem Werkzeug wird, mit dem eine Gesellschaft geschaffen werden soll, in der niemand ausgegrenzt wird. In der Informationsgesellschaft sollte es um Menschen gehen, sie sollte für die Menschen und von den Menschen genutzt werden, um die der Information innewohnenden Kräfte freizusetzen, und nicht, um ein Ungleichgewicht zwischen den Informationsreichen und den Informationsarmen zu schaffen.

1.4 Leitlinien für die Informationsgesellschaft (Kapitel 6)

8. Unsere Gestaltung der Informationsgesellschaft – der tiefgreifendste Wandlungsprozeß unserer Zeit – muß sich an den Wertvorstellungen orientieren, auf denen die Europäische Union beruht. Diese Wertvorstellungen sollten einleuchtend sein, damit sie eine umfassende Unterstützung der europäischen Bürger finden und auch verdienen. Zu diesem Zweck fordert die Kommission alle interessierten Kreise auf, sich über die Möglichkeiten der Formulierung einer Reihe allgemeiner Leitlinien der Gemeinschaft für die Entwicklung der europäischen Informationsgesellschaft Gedanken zu machen.

2. WESHALB EIN GRÜNBUCH? – AUFFORDERUNG ZU EINEM POLITISCHEN, SOZIALEN UND STAATSBÜRGERLICHEN DIALOG

9. Welche positive Rolle der Informationsgesellschaft im Wandlungsprozeß zukommt, wurde im Weißbuch der Kommission von 1993 über Wachstum, Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung¹ hervorgehoben. Durch dieses Weißbuch und den anschließenden Bericht „Europa und die globale Informationsgesellschaft“ wurde – mit voller Unterstützung des Europäischen Rats – ein ganzes Spektrum von Initiativen auf den Weg gebracht, mit deren Hilfe die Informationsgesellschaft (IG) in Europa mitgeformt und gefördert werden sollte.
10. Der Aktionsplan der Kommission von 1994 „Europas Weg in die Informationsgesellschaft“² enthielt eine Übersicht über das Arbeitsprogramm der Kommission zum Thema Informationsgesellschaft und legte den Schwerpunkt auf soziale und gesellschaftliche Probleme. Diesen Fragestellungen galt auch das Interesse des „Europäischen Vertrauenspakts für mehr Beschäftigung“³ der Kommission. Das vorliegende Grünbuch gehört zu einem Komplex von Initiativen, die von der Kommission mit dem Ziel verfolgt werden, den Aktionsplan von 1994 zu aktualisieren und seine Unternehmungen voranzubringen.
11. Um der Aufgabe gerecht zu werden, neue Einsichten in die sozialen Herausforderungen der Informationsgesellschaft zu gewinnen, hat die Kommission Rat bei einigen der hervorragendsten Experten in Europa zu der Frage gesucht, wie man in der Informationsgesellschaft die Schaffung von Arbeitsplätzen, die soziale Solidarität, die Chancengleichheit und den gleichberechtigten Zugang fördern und Europas kulturelle Vielfalt erhalten kann.
12. Die Kommission setzte zwei Hauptgruppen ein. Eine Gruppe hochrangiger Experten nahm ihre Arbeit im Mai 1995 auf und legte ihren vorläufigen Bericht „Eine europäische Informationsgesellschaft für alle“ im Februar 1996 vor. Gleichzeitig rief die Kommission ein Forum zur Informationsgesellschaft ins Leben, dessen 128 Mitglieder aus den verschiedensten Bereichen stammen. Der erste Jahresbericht des Forums wurde im Juni 1996 angenommen. Die Informationsgesellschaft stellte auch eines der vier Hauptthemen des ersten Europäischen Forums für Sozialpolitik vom März 1996 in Brüssel dar.
13. Mit den Berichten der Gruppe hochrangiger Experten und des Forums sollte die Debatte über Fragestellungen angeregt werden, die über die hinausgehen, mit denen die Geschäftswelt und die Hochschulen bereits vertraut sind. Die Berichte sind als Ergänzung zum vorliegenden Grünbuch lieferbar; nähere Angaben darüber, wie vollständige Exemplare bezogen werden können, befinden sich am Ende dieses Texts.

¹ Beilage 6/93, EG-Bulletin.

² KOM (94) 347 vom 19.07.94.

³ CSE (96) 1 vom 05.06.96.

14. Dem Beschluß der Kommission, ein Grünbuch vorzulegen, lag die Absicht zugrunde, eine umfassende Debatte anzuregen und das Bewußtsein für die aufgeworfenen sozialen und gesellschaftlichen Fragen zu wecken. Nur durch die aktive Beteiligung von Akteuren aus einem breiten Spektrum von Bereichen können unsere Gesellschaften die neuen Herausforderungen und Wahlmöglichkeiten, denen sie gegenüberstehen, in den Griff bekommen.
15. Es geht also darum, in der im Jahre 1996 noch verbleibenden Zeit eine Debatte über das Grünbuch und die beiden zugehörigen Berichte – der Gruppe hochrangiger Experten und des Forums – anzuregen, wozu auch entsprechende Anmerkungen gehören. Diese Aufgabe soll in Zusammenarbeit mit der irischen Ratspräsidentschaft auf einem Europäischen Kolloquium in Dublin im September in Angriff genommen werden. Die Kommission wird dann unter Zugrundelegung der Reaktionen im Jahre 1997 Vorschläge für entsprechende Maßnahmen vorlegen.
16. Sämtliche Mitgliedstaaten sind auf die eine oder andere Weise damit befaßt, sich einen Überblick über die sozialen Herausforderungen der im Entstehen begriffenen Informationsgesellschaft zu verschaffen. Im Grünbuch werden Probleme aufgeworfen, die auch in die Zuständigkeit der Regierungen sowie der regionalen und lokalen Stellen, der Sozialpartner und der Gesellschaft der Bürger insgesamt fallen. Die Kommission wird unter voller Beachtung des Grundsatzes der Subsidiarität der Frage nachgehen, in welchem Umfang sich ein zusätzlicher Nutzen daraus ergeben würde, daß durch Demonstrationsvorhaben oder sonstige Initiativen, durch die gemeinsame Unterstützung von Forschungsarbeiten und einen systematischen Informationsaustausch ein gemeinsamer Bestand von Informationen aufgebaut wird, der die Politiken und Maßnahmen in den Mitgliedstaaten ergänzt und fördert. Dabei kommt den Strukturfonds eine entscheidende Rolle zu, insbesondere Vorhaben im Rahmen des Ziels 4 und der Gemeinschaftsinitiative ADAPT-BIS.
17. Das Grünbuch stellt auch eine Ergänzung zu einem ganzen Spektrum von Aktivitäten dar, die bereits in anderen Tätigkeitsbereichen der Kommission im Gange sind; dies gilt insbesondere für Arbeiten im Rahmen des Weißbuchs „Lehren und Lernen“⁴, dessen Schwerpunkt auf den Fähigkeiten und Kenntnissen liegt, die für eine uneingeschränkte Teilhabe an der Informationsgesellschaft erforderlich sind, sowie für die demnächst anlaufende Initiative „Lernen in der Informationsgesellschaft“.
18. Im Rahmen der bestehenden Zusammenarbeit werden mit dem Grünbuch folgende Zwecke verfolgt:
 - Der politische Dialog mit den europäischen Institutionen und den Mitgliedstaaten, insbesondere zum Thema Beschäftigungsstrategien, soll im Rahmen der Folgearbeiten zu der Ratstagung von Essen vertieft werden (gemeinsamer Bericht für den Europäischen Rat im Dezember 1996 und Entwicklung der Mehrjahresprogramme 1997);

⁴ KOM (95) 590.

- der Schwerpunkt des sozialen Dialogs von Arbeitgebern und Gewerkschaften soll auf diese Fragen gelegt werden, auch sollen gemeinsame Initiativen auf europäischer Ebene angeregt werden;
- der staatsbürgerliche Dialog – vor allem mit den NRO – soll auf der Grundlage der Schlußfolgerungen des Europäischen Forums für Sozialpolitik vom März 1996 intensiviert werden.

Alle betroffenen Kreise werden aufgefordert, sich zu den in diesem Grünbuch angesprochenen Fragen zu äußern.

3. ARBEITEN IN DER INFORMATIONSGESELLSCHAFT

3.1 Die Probleme: Die berufliche Qualifikation wird revolutioniert, die Arbeitsplätze werden unsicher

19. In den vergangenen 20 Jahren waren wir Zeuge einer IKT-Revolution mit viel weitreichenderen Folgen, als die meisten von uns auch nur vermuten konnten. Eine der Hauptwirkungen der neuen IKT besteht in einer dramatischen Kosten- und Zeitersparnis bei der Speicherung, Verarbeitung und Übertragung von Informationen. Derart umwälzende Veränderungen im Preisgefüge haben fundamentale Auswirkungen auf die Art und Weise, in der wir Produktion und Distribution von Waren und Dienstleistungen organisieren, und somit auf die Arbeit selbst. Durch diese Entwicklungen erhalten Arbeit, Qualifikationsstrukturen und Unternehmensorganisation ein neues Bild. Dadurch wird auch der Arbeitsmarkt grundlegend verändert und somit die Gesellschaft als Ganzes.
20. Die sich daraus ergebenden Verlagerungen bei Qualifikationsstruktur, Arbeitsmustern, Unternehmen sowie Waren und Dienstleistungen ist verblüffend und stellt völlig andere, neue Anforderungen an Arbeitnehmer wie Arbeitgeber. Statische, funktionsbezogene Qualifikationen und traditionelle Managementmodelle und -techniken sind nicht flexibel genug und werden einem Arbeitsplatz nicht gerecht, der ein ganz anderes Verhalten von Arbeitnehmern und Führungskräften verlangt: nämlich die Entwicklung einer neuen Industrie- und Unternehmenskultur, geprägt von Flexibilität, Vertrauen, Engagement sowie der Fähigkeit zur Antizipation und zur Bewältigung des Wandels.
21. Die Arbeitsplatzverlustquote am Ende des 20. Jahrhunderts unterscheidet sich nicht sehr stark vom Beschäftigungsabbau, der in der Vergangenheit durch strukturelle Veränderungen verursacht wurde. Problematischer ist die neue Art der Arbeitsplatzvernichtung. Das heutige Tempo des Wandels und seine neuen Produktionsformen erfordern breiter gefächerte Qualifikationen und neue Produktionsverfahren, damit auf die sich ständig verändernden Marktanforderungen reagiert werden kann. Dies birgt große Risiken im Zusammenhang mit der Arbeitsplatzsicherheit, dem Tätigkeitsinhalt, dem Qualifikationsverhalten und der Beziehung zwischen Arbeits- und Lebensmustern in sich. Außerdem wird hier das Ziel der Union, Chancengleichheit und chancengleichen Zugang zu garantieren, vor neue Herausforderungen gestellt. Dies alles bedeutet jedoch nicht, daß in Zukunft nur noch hochqualifizierte IT-kundige Arbeitnehmer einen Arbeitsplatz finden werden. Traditionelle oder handwerkliche Arbeitsplätze bleiben weiterhin bestehen, nur wird ihre relative Bedeutung abnehmen.

3.2 Die Tatsachen: Eine neue Arbeitswelt

22. Unsere Volkswirtschaften entwickeln sich weg von der standardisierten manuellen Fertigung hin zu einer diversifizierteren wissensbasierten Produktion von Waren und Dienstleistungen. Deshalb bieten die IKT gewaltige Chancen für gesteigerte Produktivität und Reallöhne und somit für ein kräftiges Wirtschaftswachstum und neue Arbeitsplätze.
23. Lange Zeit wirkte sich die technologische Revolution nicht in einem schnelleren Anstieg von Produktivität und Reallöhnen aus. Gleichzeitig führte dieser schleppende Produktivitätszuwachs zu einem begrenzten Anwachsen der Reallöhne und zu wenig optimistischen Zukunftserwartungen unter den Verbrauchern, was sich auf deren Konsumverhalten sowie auf die Bereitschaft der Unternehmen auswirkte, Investitionen zu tätigen und neue Arbeitsplätze zu schaffen. Die Hauptgründe dafür, warum die IKT nicht zu einer Produktivitätssteigerung führten, sind inzwischen sehr gut dokumentiert: In der Vergangenheit wurde die Einführung neuer Technologien behindert, weil geeignete organisatorische Veränderungen fehlten.
24. Trotz dieser Probleme und obwohl gelegentlich das Gegenteil behauptet wird, sind die Wirtschafts- und Arbeitsmarktsysteme der Mitgliedstaaten der Union bemerkenswert flexibel. Eine von der Kommission erstellte Übersicht über empirische Forschungsarbeiten hat ergeben, daß die Gesamtquote der Unternehmensgründung und -auflösung in Europa bei mindestens 10 % jährlich liegt und in bestimmten Wirtschaftsbereichen sogar noch wesentlich höher ist, wobei ein Arbeitsplatz – ähnlich wie in den USA – durchschnittlich 4-5 Jahre erhalten bleibt.
25. Allgemein läßt dies darauf schließen, daß etwaige Probleme bei der erfolgreichen Einführung der IKT nicht auf mangelnde Flexibilität in der Beschäftigung auf Ebene der Firmen zurückgehen. In den letzten Jahren hat es immer mehr Beispiele dafür gegeben, daß die Einführung der IKT den höchsten Erwartungen gerecht wurde. Die wichtigste Lehre, die aus diesen Fällen zu ziehen ist, besteht darin, daß wir einen integrierten Ansatz benötigen, der die Einführung von IKT mit Maßnahmen der allgemeinen und beruflichen Bildung sowie mit organisatorischen Veränderungen verbindet.
26. Die Organisation derart erfolgreicher „flexibler Unternehmen“ gründet in immer stärkerem Maße auf Prozessen und in immer geringerem Umfang auf spezialisierten Funktionen. Arbeiter führen eine Aufgabenreihe aus, statt daß die Arbeit von einem auf den anderen übergeht. Aus hierarchisch und komplex organisierten Unternehmen mit einfachen Arbeitsaufgaben werden weniger streng hierarchisch gegliederte, stärker dezentralisierte und netzorientierte Organisationen mit vielseitigeren Arbeitsaufgaben. Das neue flexible Unternehmen wurde als Flotte kleiner Schiffe, die Kurs auf dasselbe Ziel nehmen, beschrieben und dem Bild eines von zentraler Stelle gesteuerten Öltankers gegenübergestellt. Wichtig ist, diese Veränderung nicht als „ein neues Modell“ für die Arbeitsorganisation zu verstehen, sondern als Prozeß hin zu sich ständig verbessernden arbeitsorganisatorischen Praktiken.

27. Europa hat diesen Organisationswandel erkannt. Es fehlt uns nicht an innovativen Ideen und wir verfügen bereits über relativ gut ausgebildete Arbeitskräfte. Das Grünbuch der Kommission über die Innovation⁵ sieht unsere Schwäche darin, organisatorische und technologische Neuerungen miteinander zu kombinieren. Qualitativ hochwertige, hoch leistungsfähige Strategien erfordern Schulung auf Unternehmensebene, sorgfältige Arbeitsplatzgestaltung und rasche Umsetzung von Innovationen. Die Beratende Gruppe für Wettbewerbsfähigkeit unter dem Vorsitz von Herrn Ciampi hat eine Fallstudie über neue Formen der Arbeitsorganisation durchgeführt. Die Ergebnisse bestätigen, daß diese Innovationen in der Unternehmensorganisation zu einer verbesserten Leistungsfähigkeit, größerem Arbeitsplatzschutz und einer Anreicherung der Arbeitsinhalte führen.

3.3 Die erste Herausforderung: die Wissensbasis und das Bewußtsein für neue Formen der Arbeitsorganisation schaffen

28. Größtes Hindernis für diese Entwicklung ist das mangelnde Bewußtsein der neuen Formen der Arbeitsorganisation und des Potentials flexibler Organisation. Manager mögen auch zu Recht vorsichtig mit Innovationen umgehen, durch die Systeme und Verfahren verändert werden, die zur Zeit ein akzeptables Leistungsniveau erbringen. Sie schrecken vor dem Sprung ins kalte Wasser zurück, also vor der Unsicherheit darüber, wie der Wandlungsprozeß zu vollziehen ist und wieviel Zeit er in Anspruch nehmen wird. Es gibt keine „schlüsselfertigen“ Lösungen. Sollen Technologien wirklich flexibel sein, müssen sie in die soziale Organisation des Arbeitsplatzes integriert werden, damit eine wettbewerbsfähige Kombination von Produktivität, Leistung und Qualität erreicht werden kann. Deshalb stellt sich hier die Schlüsselfrage, wie das Bewußtsein des Potentials der neuen Ansätze der Arbeitsorganisation gesteigert werden kann.
29. Es ist von wesentlicher Bedeutung, das richtige Gleichgewicht zwischen dem Handlungsbedarf auf Unternehmensebene und den Aktionsmöglichkeiten auf nationaler und europäischer Ebene zu finden. Der Schlüssel zum Erfolg liegt darin, lokale Initiativen zu ermöglichen und zu unterstützen; dabei nehmen Regierungen und europäische Organe die Rolle eines Katalysators wahr, der neue Initiativen fördert. Allerdings erfordern die den öffentlichen Stellen aufgetragenen Aufgaben starkes Engagement und tatkräftiges Handeln auf unterschiedlichen Ebenen. Dazu gehören auch das Verständnis der neuen Formen der Arbeitsorganisation und ihrer Auswirkungen auf Politik und Wirtschaft sowie eine effiziente Reaktion in vielen Bereichen – von Wirtschaftsförderung und Handelspolitik über die Forschungspolitik bis zum Ausbau der Qualifikationen – wie auch die Berücksichtigung von Werten wie Chancengleichheit und chancengleichem Zugang.

⁵ KOM(95) 688 vom 20.12.1995.

3.4 Die zweite Herausforderung: Kleine und mittlere Unternehmen (KMU) müssen die Vorteile der IG voll für sich nutzen können

30. Das neue Konzept eines integrierten IKT-Ansatzes – allgemeine und berufliche Bildung sowie organisatorischer Wandel – bietet den Firmen ein enormes Potential dafür, wettbewerbsfähiger zu werden und bessere Arbeitsbedingungen zu schaffen. Den KMU als Hauptmotor des Beschäftigungswachstums und insbesondere Kleinstunternehmen bieten sich besondere Vorteile, da das ganze Konzept auf kleinen, marktorientierten, dezentralisierten und auf Teamwork basierenden Einheiten aufbaut.
31. Der Umfang, in dem die KMU durch die IKT Arbeitsplätze schaffen können, ist unterschiedlich. Für die globaler ausgerichteten KMU bietet die IG wichtige Vorteile. In manchen Fällen ist die Entstehung von Kleinstunternehmen direkt mit den IKT verbunden. In anderen Fällen sind diese „Mikro-Unternehmen“ lediglich eine Erweiterung traditioneller Beratungs- und gewerblicher Dienste. Die Sachzwänge, denen KMU unterliegen, und ihre spezifischen Probleme beim Zugang zu Antizipations- und Berufsbildungsmechanismen rechtfertigen jedoch vorrangige Aufmerksamkeit. In diesem Zusammenhang sollte das Hauptanliegen darin bestehen, die KMU dazu zu befähigen, bei der Anpassung an die Informationsgesellschaft in eigener Verantwortung zu handeln; dabei helfen ihnen die Instrumente und Technologien eben dieser Informationsgesellschaft. Das vor kurzem von der Kommission vorgestellte neue integrierte Programm für kleine und mittlere Unternehmen⁶ schlägt die Einleitung einer Pilotaktion zur Ermittlung der Prioritäten von KMU sowie der Hindernisse bei der Nutzung von Informationstechnologien vor.

3.5 Die dritte Herausforderung: Die das Arbeitsleben lenkenden Mechanismen modernisieren

32. Neben dem Problem, das Bewußtsein des Potentials der neuen Formen der Arbeitsorganisation zu steigern, müssen wir die Frage der Modernisierung der Mechanismen und des institutionellen Rahmens des Arbeitslebens angehen. Die Arbeitswelt ist so zu organisieren, daß positive Entwicklungen unterstützt und erleichtert statt erschwert werden. Dies beinhaltet ebenfalls eine Qualitätssteigerung bei Qualifikationen und somit im Bildungs- und Berufsbildungswesen (siehe Kapitel 4).
33. Es beinhaltet außerdem die Bereitstellung eines geeigneten rechtlichen und vertragsrechtlichen Rahmens (Arbeitsrecht, Tarifvereinbarungen, Arbeitsbeziehungen usw.), der Firmen und einzelnen Arbeitnehmern mehr Flexibilität ermöglicht und gleichzeitig den Arbeitnehmern ein angemessenes Maß an Sicherheit bietet. Die arbeitsrechtlichen Vorschriften der Mitgliedstaaten, die auf dem Standardmodell der vollzeitlichen und unbefristeten Beschäftigung am Standort des Arbeitgebers gründen, entsprechen nicht mehr ganz den Erfordernissen einer in stärkerem Maße wissensbasierten Produktion von Waren und Dienstleistungen.

⁶KOM (96) 329

34. Neue Praktiken der Arbeitsorganisation tendieren dazu, das zentrale Element der klassischen Arbeitsbeziehung zu verwischen: Der Begriff Arbeitgeber wird komplexer (Unternehmensgruppen, Joint Ventures, Netzwerke, Subunternehmer); die Arbeit spielt sich an unterschiedlichen Orten ab; Arbeitszeitpraktiken werden individualisiert, damit sie den besonderen Bedürfnissen und Erfordernissen entsprechen; zeitproportionale Entlohnung wird in manchen Fällen möglicherweise durch aufgabenspezifische Entlohnung ersetzt und die Autonomie der Arbeitnehmer erweitert. Mit anderen Worten: Die Grenze zwischen abhängiger und selbständiger Beschäftigung droht zu verwischen, wodurch der Anwendungsbereich des Arbeitsrechts unklar und seine Effizienz in bestimmten Bereichen reduziert wird (atypische Arbeitsverträge, Telearbeit, Outsourcing oder Auslagerung).

Call Centres in Europa

Die Art der Arbeit der europäischen Bürger verändert sich, denn in den vergangenen zehn Jahren sind in den Bereichen Information und Dienstleistungen die meisten neuen Arbeitsplätze entstanden. Auch die Arbeitsweise wandelt sich, immer mehr Arbeit wird verlagert. Beispielsweise verfügen mehr als 6 000 Unternehmen über sogenannte Call Centres (Telefondienstleister), die Informationen an Kunden weitergeben. Dort sind bereits etwa 130 000 Europäer beschäftigt, und bis zum Jahr 2000 sollen noch weitere 100 000 Arbeitsplätze entstehen. Das stärkste Wachstum ist in Irland zu verzeichnen. Im Vereinigten Königreich gibt es bereits über 4 000 Call Centres mit einem Umsatz von 450 Mio. ECU im Jahre 1996. In einigen dieser Zentren wird hochqualifizierte Arbeit verrichtet, die die Beherrschung mehrerer Fremdsprachen erfordert. Bei anderen handelt es sich eher um Routinearbeit, die aber zwischenmenschliche Kompetenz und die Bereitschaft zur Arbeit außerhalb der normalen Arbeitszeiten beinhaltet.

3.6 Ein neues Konzept zur Absicherung

35. Es ist wichtig, auf der Grundlage zuverlässiger Informationen eine Diskussion über diese Grundbedingungen für die Weiterentwicklung des Arbeitslebens zu führen. Allerdings beschränkt sich die öffentliche Debatte über die die Arbeitswelt bestimmenden Mechanismen häufig auf vereinfachte Argumente über Regulierung oder Deregulierung. Die im Entstehen begriffene Informationsgesellschaft erfordert eine anspruchsvollere und grundlegendere Diskussion über den institutionellen Rahmen, der diese neue Arbeitswelt prägen kann.
36. Die IKT, kombiniert mit allgemeiner und beruflicher Bildung und organisatorischen Veränderungen, bieten ein großes Potential zur Verbesserung der Produktivität und zur Schaffung guter Arbeitsplätze mit angemessenen Löhnen und Gehältern. Auf diesem Konzept müssen öffentliche Maßnahmen basieren. Allerdings muß das Hauptaugenmerk der Debatte weg von der Regulierungs-/Deregulierungsfrage hin zu einer fruchtbareren Perspektive eines neuen Gleichgewichts zwischen Flexibilität und Absicherung und seines beiderseitigen Nutzens für Unternehmen und Arbeitnehmer

gerichtet werden. Das ist die neue Perspektive, die die Kommission bei der Anhörung der Sozialpartner zur Frage der Arbeitszeit eingebracht hat.

37. Dieses neue Gleichgewicht zwischen Flexibilität und Absicherung beinhaltet auf der einen Seite die Nutzung von Teilzeitarbeit, Zeitarbeit, befristeten Arbeitsverträgen, Telearbeit und neuen Formen der Arbeitsbeziehung dort, wo dies angemessen ist. Auf der anderen Seite schließt es nicht nur Absicherung gegen willkürliche Entlassungen und Diskriminierung ein, sondern auch eine Sicherheit, die sich aus einem verstärkten Engagement im Unternehmen und der Möglichkeit zum Ausbau der Qualifikationen und der Beschäftigung zum Nutzen sowohl von Unternehmen als auch Arbeitnehmer ergibt. In diesem Zusammenhang stellt sich die Frage, wie möglichst effiziente Vorkehrungen für die Einbeziehung der Arbeitnehmer in diese Angelegenheiten getroffen werden können.
38. Dies sind Beispiele für eine notwendige Erneuerung. Grundlegender jedoch ist die Notwendigkeit eines radikalen Umdenkens, was die zuständigen Systeme betrifft: Arbeitsschutz, Arbeitszeit, sozialer Schutz und Schutz von Gesundheit und Sicherheit am Arbeitsplatz. Sie müssen an eine Arbeitswelt angepaßt werden, die auf andere Art und Weise organisiert ist, in der insbesondere die Grenzen zwischen Arbeit und Freizeit, Arbeit und Lernen, abhängiger Beschäftigung und Selbständigkeit nicht mehr so klar sind oder zu verwischen drohen. Das Konzept der Absicherung der Arbeitnehmer muß weiterentwickelt und ausgeweitet werden und sich dabei stärker auf die Absicherung durch Beschäftigungsmöglichkeiten und auf den Arbeitsmarkt konzentrieren statt auf die Absicherung des einzelnen Arbeitsplatzes. Es sollte ausgerichtet sein auf Absicherung im Wandel – nicht gegen den Wandel. In diesem Zusammenhang ist es wichtig, sich besonders mit Fragen der Gleichheit zu befassen, aber auch damit, wie der Wandel die Bemühungen um eine Desegregation des Arbeitsmarktes und um eine bessere Vereinbarkeit von Arbeit und Familienleben für Frauen wie für Männer erhöhen und gewährleisten kann.
39. Vor dem Hintergrund dieser Entwicklungen arbeitet die Kommission derzeit ein Grünbuch über Arbeitsorganisation und Arbeitszeit aus, das aus wirtschaftlicher Sicht die politischen Folgen des Wandels von Arbeitsorganisation und Arbeitszeit für die Europäische Union und ihre Mitgliedstaaten untersuchen wird. Damit will sie eine Diskussion insbesondere mit und unter den Sozialpartnern anregen.
40. Im zweiten Halbjahr 1996 wird die Kommission außerdem eine Mitteilung über die Auswirkungen der Telearbeit aus der Perspektive von Arbeitsrecht, Gesundheitsschutz und Sicherheit sowie Sozialschutz vorlegen. Ziel dieser Mitteilung wird es sein, die Mitgliedstaaten und Sozialpartner dazu zu ermutigen, beispielhafte Praktiken zu entwickeln und Maßnahmen zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen von Telearbeitern umzusetzen.
41. Außerdem bieten die IKT neue Chancen im Bereich von Gesundheitsschutz und Sicherheit am Arbeitsplatz. Insbesondere die Anwendung der neuen Technologien kann einen beträchtlichen Mehrwert für die Risikobewertung, die Sammlung, den Schutz und die Verbreitung von Informationen, die Ausbildung und Schulung in

Fragen des Sicherheits- und Gesundheitsschutzes am Arbeitsplatz sowie für die Endverbraucher, insbesondere die KMU, erbringen. Das Vierte Aktionsprogramm für Sicherheit, Arbeitshygiene und Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz (1996-2000)⁷ befaßt sich ausdrücklich mit Fragen, die in Zusammenhang mit den Auswirkungen der Informationsgesellschaft auf die Lebens- und Arbeitsbedingungen stehen. Vom 13. bis zum 15. November 1996 findet außerdem eine Konferenz in Brüssel statt, die sich mit diesem Thema beschäftigt.

3.7 Eine neue Kultur der Antizipation

42. Die Interventionen aus dem Europäischen Sozialfonds im Rahmen von Ziel 4 zusammen mit der damit verbundenen Gemeinschaftsinitiative ADAPT sind hauptsächlich darauf ausgerichtet, das Personalmanagement zu verbessern, indem die von der Informationsgesellschaft zu erwartenden Veränderungen antizipiert werden, insbesondere durch eine Stärkung der Investitionen in das Humankapital. Struktureller Wandel führt zu ständigen Veränderungen im Bereich der Beschäftigung in puncto Umfang, Struktur und Qualifikationen. Insbesondere ist es wichtig, in Unternehmen die Fähigkeit zur Antizipation zu entwickeln, durch die die negativen Auswirkungen dieses Wandels ermittelt und minimiert werden können. Eine wirkungsvolle Antizipation wird außerdem bei der Erschließung neuer Beschäftigungsmöglichkeiten durch auf den neuen Qualifikationsbedarf abgestimmte Ausbildungsmaßnahmen beitragen.
43. Der sich daraus ergebende Anpassungsbedarf ist sowohl auf makroökonomischer als auch auf Unternehmensebene spürbar. Aus diesem Grund sollte es eines der Hauptziele des Antizipationsansatzes sein, die Unternehmen dazu in die Lage zu versetzen, ihren quantitativen und qualitativen Personalbedarf im Zusammenhang mit einem besseren Verständnis des globalen Wandels schneller zu ermitteln, wodurch die interne und externe Anpassungsfähigkeit verstärkt wird.

3.8 Weiter zu untersuchende Fragen

44. Die Entwicklungen im Zusammenhang mit der Beziehung zwischen den neuen Formen der Arbeitsorganisation und dem arbeitsrechtlichen Rahmen werfen einige grundlegende Fragen auf, die auf Ebene des sozialen Dialogs und des in Essen eingeleiteten Beschäftigungsförderungsprozesses zu erörtern sind:

⁷ KOM(95) 282 vom 12.7.1995.

- In dem Bemühen um ein angemessenes Gleichgewicht zwischen Flexibilität und Absicherung besteht zum einen auf europäischer und nationaler Ebene ein Rechtsetzungsbedarf im Hinblick auf die grundlegenden Prinzipien der sozialen Grundrechte; zum anderen müssen sich die Sozialpartner verstärkt einbringen, um diese Rechte in Vereinbarungen und am Arbeitsplatz anzuwendende Praktiken sowie auf dem Arbeitsmarkt umzusetzen. Ist die derzeitige Verteilung der regelsetzenden Befugnisse auf Gesetzgebung und Tarifverträge die richtige? Oder muß ein neues Gleichgewicht gefunden werden?
- In der Vergangenheit wurden zahlreiche wichtige Fragen dem Staat überlassen, wie etwa Beschäftigung, Berufsbildung, Gesundheitsschutz und Sicherheit am Arbeitsplatz, Fragen des Familienlebens sowie Bekämpfung der Ausgrenzung. Sollte in diesem Zusammenhang der Geltungsbereich von Tarifverträgen überarbeitet werden? Die Ausweitung neuer Produktionsstrukturen macht möglicherweise neue Ansätze erforderlich.
- Angesichts der Tatsache, daß der Rechtsstatus von Arbeitnehmern nun häufiger wechselt (zwischen abhängiger Beschäftigung und Selbständigkeit, zwischen Erwerbstätigkeit und Berufsausbildung, zwischen Berufen und Arbeitsplätzen), stellt sich die Frage: wie kann eine koordinierte Strategie für Arbeitsrecht, soziale Sicherheit und Sozialschutz gewährleistet werden kann, damit diese Veränderungen im Kontext sozialer Gerechtigkeit und wirtschaftlicher Effizienz berücksichtigt werden?

In diesem Zusammenhang ist es außerdem wichtig, über folgende Fragen nachzudenken:

- Wie können beispielhafte Praktiken bei der Nutzung der IKT und der Arbeitsplatzschaffung gefördert werden?
- Welche Maßnahmen helfen den KMU, die Chancen der Informationsgesellschaft optimal zu nutzen?
- Wie kann der Beitrag der Strukturfonds zur Förderung beispielhafter Praktiken bei der Nutzung neuer Technologien sowie zur Entwicklung einer neuen Antizipationskultur maximiert werden?

4. BESCHÄFTIGUNG IN DER INFORMATIONSGESELLSCHAFT

4.1 Die Probleme: Zunahme der Arbeitslosigkeit und Ende der Erwerbstätigkeit?

45. Das größte wirtschaftliche, soziale und politische Problem in Europa ist die hohe und anhaltende Arbeitslosigkeit. 18 Millionen Menschen sind arbeitslos, die Hälfte davon seit einem Jahr oder länger. Außerdem gibt es mindestens 9 Millionen entmutigte Arbeitnehmer, die eine Arbeit suchen würden, wenn sie glaubten, daß es Arbeit gibt.
46. Diese bedrückende Situation hat im Zusammenhang mit den Auswirkungen der IKT auf das Erwerbsleben zu einer Debatte über das „Ende der Erwerbstätigkeit“ und die „Zunahme der Arbeitslosigkeit“ geführt. IAO und OECD haben ebenso wie die EU in den letzten Jahren einige umfassende Untersuchungen durchgeführt, um einen besseren Einblick in die Art des Beschäftigungsproblems in Europa zu erhalten, wobei sie sich auf spezifische Fragen konzentrierten; beispielsweise auf die Beziehung zwischen Technologie und Beschäftigung wie auch auf die allgemeinere Beziehung zwischen makroökonomischen und strukturellen Politiken.
47. Der Übergang zur Informationsgesellschaft ist bereits im Gange und wird die Lebens- und Arbeitsmuster der europäischen Bürger zwangsläufig wesentlich verändern. Die Herausforderung besteht darin, die im Entstehen begriffene Informationsgesellschaft so zu gestalten, daß wir weder den Anschluß an die globale Entwicklung verlieren noch die Solidarität der Europäer schwächen. Im vorliegenden Grünbuch sind drei Aspekte besonders zu beachten:
- die globale Auswirkung der IKT auf die Beschäftigung
 - die effektivere Bewältigung des Prozesses der Umwandlung von Arbeitsplätzen
 - die Auswirkungen von Angebot und Nachfrage im Bereich der Fähigkeiten und Kompetenzen auf die Arbeitsmärkte.

4.2 Die Tatsachen: Stetige Zunahme der Beschäftigung seit 1960

48. Es ist allgemein bekannt, daß die Beschäftigungsrate in der EU in den letzten beiden Jahrzehnten im Durchschnitt wesentlich niedriger lag als in den USA und in Japan – etwa 60 % im Vergleich zu 70 % oder mehr – und daß sich in der EU die Arbeitslosenquote im Gegensatz zu den USA und Japan über weite Teile des letzten Jahrzehnts hartnäckig bei 10 % hielt.
49. Jedoch läßt sich auch feststellen, daß die Rate des Beschäftigungswachstums in den verschiedenen Teilen der entwickelten Welt in den letzten dreieinhalb Jahrzehnten nahezu unverändert blieb, wobei sie allerdings unterschiedliche Werte aufwies – etwa 2 % in den USA, etwa 1 % in Japan und 0,3 % in Europa. Bemerkenswert ist, daß sich das Beschäftigungswachstum seit 1973, dem Jahr der ersten Ölkrise und dem Beginn der Verlangsamung des Wirtschaftswachstums, nicht wesentlich abgeschwächt hat.

50. Somit spiegelt der Anstieg der Arbeitslosigkeit in Europa keineswegs einen Rückgang beim Umfang des Arbeitsangebots wider, sondern ist weitgehend auf die Tatsache zurückzuführen, daß das Beschäftigungswachstum (durchschnittlich 0,3 % jährlich) hinter dem Zuwachs bei den Arbeitskräften (durchschnittlich 0,6 % jährlich) zurückblieb. Die stetige Zunahme der Beschäftigung im gesamten Zeitraum zwischen 1960 und 1995 widerlegt die Ansicht, daß zwangsläufig Arbeitsplätze verlorengehen; nur konnte das Beschäftigungswachstum nicht mit der steigenden Zahl von Arbeitskräften Schritt halten.
51. Entgegen von Behauptungen dahingehend, daß der technische Fortschritt zur Einsparung von Arbeitskräften führt, lassen die vorhandenen Daten darauf schließen, daß das Wachstum eher mehr zur Schaffung als zum Abbau von Arbeitsplätzen beigetragen hat, wobei die Entstehung von Arbeitsplätzen trotz des in den 70er und 80er Jahren stark zurückgegangenen Wirtschaftswachstums stetig verlaufen ist. Die Daten lassen ferner darauf schließen, daß sich die relative Fähigkeit der amerikanischen und der europäischen Wirtschaft, Arbeitsplätze zu schaffen, seit 1973 nicht verändert hat. Bis 1973 benötigte die Wirtschaft zur Schaffung von Arbeitsplätzen in Europa eine jährliche Zuwachsrate von 4,3 %, in den Vereinigten Staaten wurden 2 % Wachstum benötigt. Inzwischen entstehen neue Arbeitsplätze, sobald die Zuwachsrate 2 % (in Europa) bzw. 0,6 % (in den USA) erreicht.
52. Dieses neue Wachstums- und Beschäftigungsmuster spiegelt sich in der Verlangsamung des seit 1973 zu verzeichnenden Produktivitätszuwachses wider. Die Wachstumsrate für Produktivität und BIP ging zurück, obwohl immer mehr IKT eingeführt wurden, während die Beschäftigung weiterhin im selben Tempo wie zuvor anstieg. Was auch die genaue Erklärung für dieses Paradoxon sein mag – Debatten und Analysen sind noch nicht abgeschlossen –, es liegt auf der Hand, daß die Gesamtdaten die These des Endes der Erwerbstätigkeit oder gar des Beginns einer Zunahme der Arbeitslosigkeit nicht stützen. Die bessere Beschäftigungsleistung in den USA, Kanada und Japan läßt sich nicht auf den geringeren Einsatz arbeitssparender IKT zurückführen.
53. Im Gegenteil, die Entwicklung und Einführung der IKT war in diesen Ländern – und insbesondere in den USA – generell umfassender als in den europäischen Ländern. Außerdem verfügen in der EU die Mitgliedstaaten, die im Bereich der IKT schon weiter fortgeschritten sind, meist auch über die höchsten Beschäftigungsraten. Wie jeder technologische Wandel stellt die Verbreitung der IKT einen Wachstumsfaktor dar, und es besteht eine positive Verbindung zwischen technologischem Fortschritt, Produktivität und Wirtschaftswachstum, das die Möglichkeit der Zunahme neuer Beschäftigungsformen bietet. Der technologische Fortschritt fördert die Innovation und schafft so ein Potential für neue unternehmerische Möglichkeiten, insbesondere für die KMU. Dieses größere Wachstumspotential muß genutzt werden, wenn die Arbeitslosigkeit verringert werden soll und die europäischen Volkswirtschaften nicht hinter der globalen Entwicklung zurückbleiben sollen.
54. Die wichtigste Auswirkung der IKT im Bereich der Beschäftigung besteht in einer radikalen Umgestaltung von Arbeitsplätzen und Arbeitswelt. In der Fertigungsindustrie

kam es zum Niedergang, jedoch war keine einheitliche Entwicklung festzustellen. In diesem Industriezweig wurden Arbeitsplätze abgebaut, die durch veraltete Technologien, geringe Qualifikation und niedrige Löhne gekennzeichnet waren. Dagegen hat die Beschäftigung im Bereich von Spitzentechnologie, Spitzenqualifikationen und hohen Löhnen zugenommen.

55. Das Beschäftigungswachstum geht vor allem vom Dienstleistungssektor aus. Arbeitsplätze werden sowohl im dynamischen Teil als auch im eher traditionellen Teil geschaffen. Der Beschäftigungszuwachs im Zusammenhang mit neuen Technologien hat die Verlagerung von Arbeitsplätzen mehr als ausgeglichen. Tatsächlich war in den Ländern, die am meisten in die Anwendung der neuen Technologien investiert haben, eine raschere Zunahme bei der Beschäftigung im Dienstleistungssektor zu verzeichnen.
56. Bisher hat die Beschäftigung in den wichtigsten IKT-Industrien Europas infolge des Konjunkturabschwungs nur ziemlich geringfügig zugenommen. Dahinter verbergen sich jedoch recht unterschiedliche Entwicklungen. Die Beschäftigung im Bereich von Unterhaltungselektronik, Datenverarbeitung und Fertigung von Fernmeldeeinrichtungen ist deutlich zurückgegangen. Die Beschäftigung in der Bauteilfertigung und bei den Telekommunikationsdiensten blieb unverändert. Dagegen hat die Beschäftigung im Bereich von Software und EDV-Diensten ständig zugenommen; sie hat sich seit 1980 fast verdreifacht, so daß in diesem Bereich in der Union heute etwa 750 000 Arbeitnehmer tätig sind. In diesen Sektor werden auch weiterhin hinsichtlich eines Beschäftigungswachstums besonders hohe Erwartungen gesetzt werden, vor allem, was neue Spitzenqualifikationen und umfangreiche Kenntnisse voraussetzende Dienstleistungen beispielsweise im Bereich von Multimedia-Software und Endbenutzerschulung angeht.
57. Es wird erwartet, daß sich diese Tendenzen kurzfristig fortsetzen werden; lediglich bei den Telekommunikationsdiensten dürfte ein erwarteter Abbau von Arbeitsplätzen infolge von Digitalisierung und Liberalisierung kurzfristig nicht durch die Schaffung von Arbeitsplätzen für Berufsanfänger kompensiert werden. Jedoch berücksichtigen diese Tendenzen nicht die Schaffung von Arbeitsplätzen in anderen, mit der Informationsgesellschaft in Verbindung stehenden Sektoren. Im Bereich der audiovisuellen Dienste hat die Beschäftigung beachtlich zugenommen, wobei im Zeitraum 1983-1992 ein Anstieg von 37 % festzustellen war; die Aussichten auf eine weitere Zunahme der Beschäftigung sind gut. Im Zusammenhang mit den IKT wurden Arbeitsplätze auch in Bereichen wie Telediensten, Telebanking und Einzelhandelsvertrieb geschaffen; genaue Zahlen lassen sich hier jedoch nur schwer erheben. Die statistische Erfassung dieser neuen Entwicklungen in der Wirtschaft, insbesondere bei den einschlägigen Dienstleistungen, stellt eine Herausforderung für das statistische System dar.
58. Außerdem ist nicht zu erwarten, daß sich die positiven Auswirkungen der Informationsgesellschaft auf die Beschäftigung nur auf die IKT und sonstige IG-Sektoren konzentrieren werden. Untersuchungen der Kommission zeigen, daß eine Liberalisierung im Bereich der Telekommunikation in Verbindung mit einer raschen Übernahme der entsprechenden Technologien zur Schaffung von Arbeitsplätzen und

zum Aufschwung in den übrigen Wirtschaftszweigen führen wird. Höhere Investitionen in neue Fernmelde- und Datenverarbeitungseinrichtungen in gemeinsamem Verein mit allgemeinen Preisrückgängen und Erhöhungen der Realeinkommen aufgrund des Rückgangs bei den Fernmeldetarifen werden sich mittel- und langfristig positiv auf die Beschäftigung und die Wertschöpfung in den übrigen Wirtschaftszweigen auswirken. Dieses Beschäftigungswachstum wird den Verlust von Arbeitsplätzen, der sich im Fernmeldesektor ergeben könnte, größtenteils ausgleichen. Dies gilt nicht nur für die Telekommunikation, sondern für die Verbreitung aller IKT. Allerdings muß die Zeitspanne, die zwischen diesen Prozessen liegt, überbrückt werden. Es muß den Arbeitnehmern dabei geholfen werden, sich mit den neuen Herausforderungen und Möglichkeiten des Arbeitsmarkts vertraut zu machen.

59. Die längerfristigen Muster der Schaffung von Arbeitsplätzen in der Informationsgesellschaft lassen sich dagegen nur schwer quantifizieren; die Prognosen zeigen, daß neue Arbeitsplätze in der gesamten Wirtschaft entstehen werden, nicht nur in der IKT-Industrie und im Bereich der neuen und im Entstehen begriffenen Multimediadienste, sondern auch im Bereich aller übrigen Dienstleistungen und Industriezweige, einschließlich der traditionellen und der im Niedergang begriffenen. Zahllose Beispiele verdeutlichen, daß die Einführung und Nutzung der IKT in den Unternehmen eine deutlich positive Auswirkung auf die Beschäftigung hatten.
60. Im Zeitraum 1985-1994 nahm die Beschäftigung im Dienstleistungssektor in der EU um etwa 10 Millionen zu. Zwar entfielen 80 % dieses Beschäftigungswachstums auf den Zeitraum 1985-1990, jedoch wurden auch in der zweiten Hälfte des Zeitraums noch 2 Millionen Arbeitsplätze in den Sektoren gewerbliche Tätigkeiten, Computer und Forschung geschaffen, ebenso wie in dem früheren Zeitraum (wobei 600 000 zusätzliche Arbeitsplätze im Bildungswesen und 900 000 Arbeitsplätze im Gesundheitswesen entstanden) in allen Bereichen, in denen die IKT eine wichtige Rolle spielen. Der einzige wichtige Bereich des Dienstleistungssektors, in dem im Zeitraum 1990-1994 Arbeitsplätze verloren gingen, war der Groß- und Einzelhandel, wo der Beschäftigungsrückgang in erster Linie auf eine mangelnde Nachfrage und nicht auf eine gesteigerte Produktivität zurückzuführen war.
61. Die neuen Beschäftigungsmuster wirken sich auch auf das Verhältnis der Geschlechter auf dem Arbeitsmarkt aus. Die Zunahme im Dienstleistungssektor hat neue Beschäftigungsmöglichkeiten für Frauen, die ins Erwerbsleben eintreten, eröffnet. Die Erwerbstätigkeit von Frauen hat sich seit Mitte der 60er Jahre bis Beginn der 90er Jahre erhöht. Frauen stellen nun einen größeren Anteil der Arbeitskräfte. Bei vielen der neuen Arbeitsplätze für Frauen handelt es sich um Teilzeittätigkeiten. Im Gegensatz zu der langfristigen Tendenz einer steigenden Erwerbstätigkeit von Frauen war bei der Beschäftigung von Männern seit 1965, mit Ausnahme einiger Jahre am Ende der 80er Jahre, ein stetiger Rückgang festzustellen.

4.3 Die erste Herausforderung: Vermeidung einer Kirchturmpolitik

62. Für den gesamten Arbeitsmarkt muß aus den bisherigen Entwicklungen die Schlußfolgerung gezogen werden, daß das geringe Beschäftigungswachstum in Europa, etwa 0,3 % jährlich, und die damit einhergehende hohe und anhaltende Arbeitslosigkeit auf andere als technologische Faktoren zurückzuführen sind. Die Arbeitslosigkeit in Europa nahm erstmals Mitte der siebziger Jahre zu. Bis 1985 ging eine große Zahl von Arbeitsplätzen verloren. Gleichzeitig stieg die Zahl der Arbeitskräfte schneller denn je zuvor. Während des langen Wachstumszeitraums in der zweiten Hälfte der achtziger Jahre entstanden 10 Millionen neue Arbeitsplätze. Allerdings ging die Hälfte dieser neuen Arbeitsplätze im Zeitraum 1992-93 wieder verloren.
63. Für das Entstehen und die Größenordnung der Arbeitslosigkeit war eine ganze Reihe von Faktoren - einschließlich makroökonomischer Entwicklungen - von Bedeutung. Jedoch ist es wesentlich, die strukturellen Aspekte zu verstehen. Die hohe Arbeitslosenquote ist auf die längere Dauer der Arbeitslosigkeit zurückzuführen. Arbeitslosigkeit ist infolge der passiven Arbeitsmarktpolitiken, die den meisten Arbeitslosen hauptsächlich Einkommensbeihilfen gewähren, aber keine neuen Qualifikationen für einen Neubeginn auf dem neuen, mehr Kompetenzen und Qualifikationen voraussetzenden Arbeitsmarkt vermitteln, zu Langzeitarbeitslosigkeit und sozialer Ausgrenzung geworden.
64. Mit dem Einheitlichen Binnenmarkt macht Europa einen großen Schritt hin zur Modernisierung der Wirtschaft. Dies stellt nicht nur eine ungeheure strukturelle Verbesserung dar, sondern bietet auch neue Voraussetzungen für wachstums- und beschäftigungsorientierte makroökonomische Politiken. Die Mitgliedstaaten müssen die Multiplikatorwirkung besser nutzen, wie im „Europäischen Vertrauenspakt für mehr Beschäftigung“ der Kommission betont wurde, der das Potential des Integrationsprozesses herausstellt. Dieses Potential wurde bisher nicht optimal genutzt. Dies gilt insbesondere für den Kampf um Arbeitsplätze.
65. Die bereits umfassende wirtschaftliche Integration und Interdependenz in Europa hat sich weiter verstärkt. Daher bringt eine anhaltende koordinierte Aktion mehr zusätzlichen Nutzen als eine Gesamtheit unvereinbarer Einzelmaßnahmen in den einzelnen Mitgliedstaaten. Dieser Ansatz soll in dem Grundsatzbericht behandelt werden, der auf Ersuchen des Europäischen Rats von Florenz über die Möglichkeiten der Europäischen Union als solche im Bereich der Beschäftigungspolitik erstellt wird. Dabei geht es auch darum, das Nullsummenspiel der Kirchturmpolitik durch ein Positivsummenspiel einer koordinierten Wachstumspolitik zu ersetzen, die Vertrauen bei Verbrauchern und Investoren schafft. Eine solche wachstumsorientierte Politik würde die Bedingungen für die Schaffung von Arbeitsplätzen in der Informationsgesellschaft wesentlich verbessern.

4.4 Die zweite Herausforderung: Effektivere Bewältigung des Prozesses der Umwandlung von Arbeitsplätzen

66. Der Abbau und die Schaffung von Arbeitsplätzen ist integrierender Bestandteil des Strukturwandels, der sich aus der Einführung der IKT ergibt. Die Unternehmen können viel tun, um den Schock zu mildern, indem sie die Beschäftigungserfordernisse antizipieren. Es gibt inzwischen viele Beispiele einflussreicher Maßnahmen, die zwischen den Sozialpartnern ausgehandelt wurden. Dazu gehören nicht nur allgemeine und berufliche Bildung, wie weiter unten ausgeführt, sondern auch Arbeitszeitreduzierung und Lohndämpfung, um Arbeitsplätze zu erhalten, Fragen der Billigkeit im Prozeß des Wandels und ein Ausgleich für die Schaffung von Arbeitsplätzen in der lokalen und regionalen Wirtschaft.
67. Um den Wandlungsprozeß effektiv zu bewältigen, müssen alle beteiligten Vertreter von Wirtschaft und Institutionen – Arbeitgeber, Arbeitnehmer, staatliche Stellen aller Ebenen, Bildungs- und Berufsbildungseinrichtungen sowie Unterstützungsdienste für Unternehmen – einbezogen werden. Das Vorgehen fortschrittlicher Unternehmen muß in vielen Fällen von außen unterstützt werden; dieser Prozeß kann durch Kooperationsvereinbarungen und Partnerschaften zwischen Unternehmen sowie private/öffentliche Partnerschaften zur Verbesserung der lokalen Unterstützungsstrukturen für die Unternehmen erleichtert werden. Dies ist insbesondere für die KMU von Bedeutung, die unterstützt und an Netzen beteiligt werden müssen, um ihre Innovationsfähigkeit zu verbessern, Unternehmensstrategien festzulegen und ihren Qualifikationsbedarf zu antizipieren. Auch die Strukturfonds, insbesondere Ziel 4 sowie die Gemeinschaftsinitiativen ADAPT und KMU können zur Erleichterung dieses Wandels herangezogen werden (siehe weiter oben, Abschnitt 3.7).
68. Das Entscheidende dabei ist, daß, wenn die Arbeitnehmer sich am Prozeß des ständigen Wandels beteiligen sollen, den die Informationsgesellschaft verlangt, neue Mittel und Wege für die Bewältigung des Prozesses der Umwandlung von Arbeitsplätzen gefunden werden müssen. Dafür sind sowohl die Regierungen als auch die Sozialpartner verantwortlich.

4.5 Die dritte Herausforderung: Schließung der Qualifikationslücke

69. Die Revolution bei den IKT ist durch die Umgestaltung von Erwerbstätigkeit, Qualifikationsstrukturen und Arbeitsorganisation für die Funktionsweise des Arbeitsmarkts von großer Bedeutung. Da es sich bei der neuen Technologie um eine Informationstechnologie handelt, verlangt sie nicht nur bessere Grundkenntnisse im Rechnen, Lesen und Schreiben, sondern auch eine neue Art von Grundkenntnissen in Informatik, also die Fähigkeit zur Interaktion mit der neuen Technologie.
70. Die technologischen Entwicklungen und der Wettbewerb zwischen den Unternehmen tragen zur Beschleunigung des Strukturwandels bei. Jedes Jahr verschwinden durchschnittlich über 10 % aller Arbeitsplätze; sie werden durch andere Arbeitsplätze in Verbindung mit neuen Arbeitsprozessen, in neuen Unternehmen ersetzt, die generell

neue, bessere oder umfassendere Qualifikationen voraussetzen. Ein wesentlich geringeres Tempo wird auf der Angebotsseite, bei der Vermittlung neuer Kompetenzen, eingeschlagen. Jedes Jahr scheidet eine Altersgruppe, 2-3 % der Arbeitskräfte, aus Alters- oder sonstigen Gründen aus dem Arbeitsleben aus und tritt eine neue Altersgruppe, mit neuen Bildungs- und Berufsbildungsvoraussetzungen, mit neuen Kompetenzen ins Arbeitsleben ein. Die schnelle Umgestaltung bei den Unternehmen und das begrenzte Angebot an neuen Qualifikationen führt zu einem starken Ungleichgewicht, einem „Arbeitsmarkt mit zwei Geschwindigkeiten“, mit einem Überangebot an überholten Fertigkeiten und Engpässen bei den neuen Kompetenzen.

71. Die wirkliche Herausforderung bei der Umwandlung und der Verbesserung der Kompetenzen liegt bei der beruflichen Anpassung der bereits Erwerbstätigen an die neuen Erfordernisse der Informationsgesellschaft. Ein großer Teil dieses Personenkreises verfügt jedoch nur über begrenzte Grundkenntnisse in Rechnen, Lesen und Schreiben; Fertigkeiten, die in der Informationsgesellschaft noch notwendiger sind; viele besitzen auch keine Informatik- und Computerkenntnisse. Für Menschen mit überholter oder unzureichender Berufsbildung ist es schwer, wieder ins Erwerbsleben zurückzukehren. Die meisten Berufsbildungs- und Umschulungsmaßnahmen werden für Jugendliche veranstaltet, nicht für bereits Berufstätige bzw. für diejenigen, die 10, 20 oder 30 Jahre gearbeitet haben und ihren Arbeitsplatz verloren haben.
72. Die meisten von ihnen erhalten in Erwartung eines neuen Arbeitsplatzes bzw. des Vorruhestands lediglich Einkommensbeihilfen. Neue Arbeitsplätze, die alte Fertigkeiten verlangen, werden aber nicht angeboten. Für die neuen Arbeitsplätze werden neue Kompetenzen verlangt. Die Lücke wird so lange größer werden, bis sich die Regierungen und die Arbeitgeber zu einer neuen, wesentlich radikaleren Politik entschließen, um die Menschen in Verbindung mit der Entwicklung neuer Formen der Arbeitsorganisation und der Einführung der neuen Technologien mit neuen Fertigkeiten und Kompetenzen auszustatten.
73. Dies stellt die Regierungen und die Sozialpartner, die Unternehmen und die Arbeitnehmer vor eine umfassende Aufgabe, deren Größenordnung anhand der Prognosen einer weiterhin rasch verlaufenden technologischen Erneuerung und einer Alterung der Bevölkerung verdeutlicht werden kann. In zehn Jahren wird die Technologie, die wir heute anwenden, zu 80 % veraltet sein und durch neue, fortschrittlichere Technologien abgelöst werden. Bis dann werden 80 % der Arbeitskräfte über formelle Bildungs- und Berufsbildungsgrundlagen verfügen, die über 10 Jahre alt sind. Wesentliche Veränderungen beim demographischen Profil betonen nur noch die Größenordnung der Herausforderung. Die Arbeitskräfte werden immer älter, die Technologie wird immer jünger.

4.6 Eine Überprüfung der allgemeinen und beruflichen Bildung, die nicht hinter der Revolution bei den IKT zurückbleibt

74. Europa benötigt eine gründliche Überprüfung der allgemeinen und beruflichen Bildung, die nicht hinter der Revolution bei den IKT zurückbleibt und mit der IKT-Entwicklung in den kommenden Jahren Schritt halten kann. Wir benötigen ein neues Wechselspiel zwischen Arbeit und Ausbildung anstelle des alten Wechselspiels zwischen Erwerbstätigkeit und Nicht-Erwerbstätigkeit; ein neues Wechselspiel, das dem einzelnen die Möglichkeit einräumt, seine Fähigkeiten und Kompetenzen zu entwickeln und mit der ständigen Revolution bei den Fertigkeiten, die mit den IKT einhergeht, Schritt zu halten.
75. Langfristig besteht für Europa die grundlegende Notwendigkeit, eine neue, lebensbegleitende Bildung und Berufsbildung zu entwickeln, die alle Teile der Bildungs- und Berufsbildungssysteme einschließlich der Schulen einbezieht und die angemessener konzipiert und vermittelt wird, insbesondere was die Geschlechterfrage betrifft, wobei aber auch ältere Menschen und Behinderte effektiver einbezogen werden. Damit wird derzeit im Rahmen des Europäischen Jahrs des lebensbegleitenden Lernens (1996) und des Weißbuchs „Lehren und Lernen“ begonnen. Dringend geboten ist aber, der zunehmenden Veralterung der Kompetenzen bei der erwachsenen Erwerbsbevölkerung durch einen aktiven Ansatz für Anpassung und Umwandlung in der Industrie Einhalt zu gebieten. Hier sind Schnelligkeit und Weitblick von entscheidender Bedeutung, da alles auf eine tückische spiralförmige Abwärtsbewegung von Arbeitsplatzabbau, Langzeitarbeitslosigkeit und Kompetenzveraltung hinzudeuten scheint, die umso schwerer zu stoppen sein wird, je länger sie anhält.
76. Vier Bereiche sind in bezug auf die Verbesserung der Vermittelbarkeit von großer Bedeutung:
- **Schaffung der bestmöglichen Grundlage:** Die Fundamente unserer Kenntnisse und Fähigkeiten werden in den ersten Unterrichtsjahren gelegt. Die entsprechenden Prozesse werden sich mit Entwicklung der IG ebenfalls weiterentwickeln. Dies wird sich nachhaltig auf die Qualität und die Organisation des Vorschul- und des Schulunterrichts auswirken. Hier müssen insbesondere Lehrer und Ausbilder angesprochen und muß die Qualität ihrer Erstausbildung und beruflichen Weiterbildung sichergestellt werden, um die neuen IKT zu nutzen. Die Programme und die Infrastruktur, mittels der die Schulen voll in das Vernetzungspotential der IG einbezogen werden sollen – insbesondere in den entlegeneren Regionen, wo die Infrastruktur gefährdet ist – sind von besonderer Bedeutung. Die Mitgliedstaaten, die eindeutig für die Organisation und den Inhalt des Schulunterrichts verantwortlich sind, sollten weiterhin geeignete Programme aufstellen, welche der IG Rechnung tragen. Hier kann die EU Unterstützung leisten, indem sie einen gemeinsamen Bestand von Erfahrungen fördert, insbesondere unter Beteiligung der benachteiligten Regionen. Ferner ersuchte der Europäische Rat in Florenz die Kommission, unverzüglich einen Aktionsplan zum Thema „Lernen in der Informationsgesellschaft“ zu erstellen, der sich auf den Zusammenschluß der Schulnetze auf europäischer Ebene, auf die Förderung multimedialer Lehrinhalte

sowie die Sensibilisierung und die Schulung von Lehrern und Ausbildern in der Verwendung des neuen Instrumentariums der Informationsgesellschaft erstrecken soll.

- **Vom Lehren zum Lernen:** Bildung und Berufsbildung müssen laut dem ersten Jahresbericht des Forums zur Informationsgesellschaft rasch so ausgerichtet werden, daß die entsprechenden Einrichtungen wesentlich effektiver auf die Veränderungen beim Qualifikationsbedarf von Wirtschaft und Industrie reagieren. Dies ist für die Schaffung von Arbeitsplätzen und die Steigerung der Produktivität entscheidend. Die Hochschuleinrichtungen haben damit begonnen, die Grundlagen für die Lerngemeinschaften der Zukunft zu legen, ihre Anstrengungen sollten durch Partnerschaften mit der örtlichen Industrie und die im Ciampi-Bericht über die Wettbewerbsfähigkeit empfohlenen sowie im Rahmen der Programme Comett und Leonardo da Vinci erfolgreich erprobten Dienste verstärkt werden. Auch im Rahmen der Pflichtschule wurden wichtige Initiativen realisiert, von denen viele im Wege von EU-Programmen gefördert wurden. Es bedarf jedoch hier noch umfassender Unterstützung und Mitteln in beträchtlichem Umfang, um die nötige Verbindung zur Arbeitswelt herzustellen. Dies wirft Fragen hinsichtlich der finanziellen Kapazität, der Methodik und der Entwicklung der Lehrpläne auf, insbesondere in bezug auf die Erfordernisse des Lernenden. Allgemeiner ausgedrückt: Da der Lernerfolg beim Lernen durch unmittelbare Anwendung wesentlich größer ist (80 %) als beim Lesen oder Hören (5-10 %), ist das Selbstlernpotential bei Verwendung von IKT ungeheuer groß, so daß es bei entsprechender Gestaltung entscheidend zur Schließung der Wissenslücke beitragen könnte. Die Grundprinzipien der allgemeinen und beruflichen Bildung müssen stärker auf dem Begriff der Lernfähigkeit statt auf der formellen Bildung und Berufsbildung basieren.

Verwendung der IKT in den Schulen

Viele Mitgliedstaaten haben Programme eingeleitet, durch die ihre Bildungssysteme an die Dynamik der Informationsgesellschaft angepaßt werden sollen. Der bundesdeutsche Bildungsminister hat kürzlich eine entsprechende Initiative mit dem Titel „Schulen ans Netz“ angekündigt, durch die in einem Zeitraum von 3 Jahren 10 000 der 52 000 Schulen Deutschlands an nationale und internationale Netze und Multimediadienste angeschlossen werden sollen. In einigen der deutschen Bundesländer wurde beschlossen, alle Schulen anzuschließen, ein Ziel, das längerfristig auch von der Bundesregierung befürwortet wird. Die „Schulen ans Netz“-Initiative wird durch eine innovative Partnerschaft zwischen Regierung und Privatunternehmen möglich. Ähnliche Initiativen wurden auch in anderen Ländern eingeleitet, beispielsweise im Vereinigten Königreich, in Frankreich, Italien, Dänemark, Schweden, Portugal und Finnland.

-Learning by doing: „Das lernende Unternehmen“ muß sich zum entscheidenden Bestandteil der kognitiven Gesellschaft entwickeln. Menschen, die in einem solchen Unternehmen arbeiten, werden ihren elektronischen Zugang zu Wissen und Informationen zur Verbesserung ihrer Qualifikation nutzen. Dies setzt neue Formen der Partnerschaft zwischen Unternehmen, sonstigen Einrichtungen und Erziehern voraus, um sicherzustellen, daß die verlangten neuen und einem Wechsel unterworfenen Kompetenzen bereitgestellt werden. Diesbezüglich ist leicht zu verstehen, daß eine Auffrischung der Kenntnisse während der Arbeitszeit wichtiger sein wird als die Verkürzung der Arbeitszeit selbst. Die Schwierigkeit bei diesem Ansatz besteht darin, daß die Vermittelbarkeit der Arbeitskräfte durch Berufsbildung ständig zu verbessern ist. Es besteht die Gefahr, daß dadurch, daß die Unternehmen flexiblere und damit weniger gesicherte Arbeitsverhältnisse entwickeln, um sich so rasch Änderungen bei den Anforderungen anpassen zu können, das Grundprinzip der Investitionen in die Ausbildung einer Stammebelegschaft möglicherweise eher geschwächt als gestärkt wird. Beispielsweise lassen sich die umfassenden Investitionen großer japanischer Unternehmen in die Berufsbildung durch die Politik der lebenslangen Beschäftigung erklären, was bedeutet, daß die Ausbildungsergebnisse auch dem Unternehmen zugute kommen. In Europa sollte daher nicht davon ausgegangen werden, daß Flexibilität und unsichere Arbeitsplätze ein und dasselbe sind. Tatsächlich hängt die Fähigkeit der Unternehmen, sich ständig an Veränderungen auf dem Arbeitsmarkt und in der Technologie anzupassen, von der Mitwirkung einer loyalen Stammebelegschaft ab. Die Unternehmen sollten ermutigt werden, mehr in die Berufsbildung ihres Stammpersonals zu investieren. Es sollten auch spezielle Anreize und Vereinbarungen eingeführt werden, um dieses Instrumentarium auch auf die kurzfristiger beschäftigten Arbeitskräfte auszudehnen.

-Umschulung statt Qualifikationsrückgang: Am schwierigsten ist die Frage zu lösen, wie Menschen, die ihren alten Arbeitsplatz verloren haben, wieder ins Erwerbsleben eingegliedert werden können. Den Mitgliedstaaten ist es in den letzten 20 Jahren meist nicht gelungen, den Arbeitslosen zu einem Neubeginn zu verhelfen. Die Lösung dieses Problems ist eine der zentralen Aufgaben der Beschäftigungsstrategie von Essen, auf die die Staats- und Regierungschefs 1995 auch auf dem Europäischen Rat in Madrid hingewiesen haben. Anstelle von 9 Millionen Menschen, die mit Langzeitarbeitslosigkeit und Qualifikationsrückgang konfrontiert sind - der kostspieligsten Form von Staatsausgaben, mit der niedrigsten Rendite für die Volkswirtschaft und den einzelnen - und zahlreichen weiteren Millionen, denen Langzeitarbeitslosigkeit droht, sollte es in den Mitgliedstaaten 9 Millionen Menschen geben, die damit beschäftigt sind, ihre Kenntnisse im Lesen, Schreiben und Rechnen sowie im Umgang mit Computern zu erweitern, aufrechtzuerhalten und zu vertiefen. Alle Arbeitslosen sollten das Recht - und die Verpflichtung - haben, Basiskompetenzen für die Informationsgesellschaft zu erwerben und auszubauen, die für den regulären, dynamischen Arbeitsmarkt relevant sind. Die Wiedereingliederung sollte einsetzen, bevor die Menschen zu Langzeitarbeitslosen werden und den Mut verlieren. Dies ist der grundlegende Unterschied zwischen aktiven und passiven Politiken. In diesem Rahmen müssen die Regierungen Möglichkeiten für die Umwandlung der Ausgaben für passive Arbeitsmarktpolitiken in Ausgaben für aktive Arbeitsmarktpolitiken finden, welche die Arbeitssuchenden auf ein stärker wissensbasiertes Muster der Produktion von Waren und Dienstleistungen vorbereiten. Wenn mehr dieser Finanzmittel dazu benützt würden, Ausbildungsbeihilfen zu gewähren und neue Kompetenzen zu vermitteln und nicht nur Geldleistungen zu erbringen, würde dies der Dynamik des Arbeitsmarkts und der Staatsfinanzen insgesamt zuträglich sein. In diesem

Kontext müssen auch die Arbeitsämter eine stärker personalisierte, IKT-basierte Unterstützung für Arbeitssuchende bereitstellen.

4.7 Die Plattform: Neue Prioritäten der Konvergenzprogramme

77. Es besteht inzwischen in Europa ein breiter Konsens darüber, daß Bildung und Berufsbildung in der modernen Beschäftigungspolitik eine wesentliche Rolle spielen. Aus diesem Grund begrüßt die Kommission besonders das Schwergewicht, das in den Schlußfolgerungen des Europäischen Rats von Florenz auf die Investition in die Humanressourcen, in die Infrastruktur sowie in die Forschung und die Entwicklung gelegt wird. Damit verfügen die für Arbeit und Beschäftigung, Bildung und Berufsbildung, Forschung und Entwicklung sowie für Verkehr und Kommunikation zuständigen Minister über eine neue Plattform für Initiativen, die für Wachstum und Beschäftigung von Bedeutung sind.
78. Die Tatsache, daß der allgemeinen und beruflichen Bildung in einer neuen Beschäftigungspolitik eine zentrale Rolle eingeräumt wird, kann auf Widerstand stoßen. Dabei wird argumentiert, daß das tief verwurzelte Beschäftigungsproblem in Europa nicht durch allgemeine und berufliche Bildung gelöst werden kann, wenn es keine neuen Arbeitsplätze gibt, die nach Abschluß der Ausbildung vermittelt werden können. Dieses Argument ist zwar zutreffend, läßt jedoch einen wesentlichen Punkt außer acht. Die allgemeine und berufliche Bildung soll nicht an die Stelle von makroökonomischen Politiken für Wachstum und neue Arbeitsplätze treten. Zweck einer neuen Bildungs- und Berufsbildungspolitik ist es vielmehr, eine positive Flexibilität in den Unternehmen und auf dem Arbeitsmarkt herbeizuführen, die es ermöglicht, eine stärker wachstumsorientierte makroökonomische Politik zu verfolgen. Aus diesem Grund liegt der Schlüssel zum Beschäftigungswachstum in der Entwicklung eines integrierten Ansatzes von strukturellen und makroökonomischen Maßnahmen, wie in den Grundzügen der Wirtschaftspolitik dargelegt; und daher sollte sich die allgemeine und berufliche Bildung an den Erfordernissen des Lernenden orientieren und besonders Ungleichheit und Benachteiligung bekämpfen, um das Produktionspotential der gesamten Bevölkerung zu erschließen.

4.8 Weiter zu untersuchende Fragen

79. Diese Herausforderungen werfen eine Reihe von Fragen auf die vor allem im Rahmen des Beschäftigungsförderungsprozesses von Essen (gemeinsamer Bericht über die Beschäftigung für den Gipfel in Dublin und Mehrjahresprogramme 1997) angegangen werden müssen. Sie betreffen:

-
- die Möglichkeiten der allgemeinen und beruflichen Bildung; welche Pläne haben die Mitgliedstaaten angesichts der Qualifikationserfordernisse der Informationsgesellschaft für die nächsten 5 Jahre?
 - die Konzeption und die Qualität der allgemeinen und beruflichen Bildung; wie kann
-

man die allgemeine und berufliche Bildung umgestalten, damit sie den vorhandenen und sich abzeichnenden Erfordernissen der Informationsgesellschaft in den kommenden 5 bis 10 Jahren entsprechen kann?

- die Möglichkeit der Umschulung der Arbeitslosen, die derzeit den schwächsten Punkt in unserem Bildungs- und Berufsbildungssystem darstellt; wie kann man den Menschen, die ihren Arbeitsplatz verloren haben, zu einem Neubeginn im Erwerbsleben verhelfen?; und
- den Umfang, in dem Chancengleichheit und gleichberechtigter Zugang sichergestellt werden können, um die Erschließung des Produktionspotentials der gesamten Erwerbsbevölkerung zu gewährleisten.

80. Einige Fragen, bei denen den Sozialpartnern eine besondere Verpflichtung zukommt, sind im Rahmen des sozialen Dialogs anzugehen:

-
- Zu welchen gemeinsamen Initiativen sind die Sozialpartner im Bereich der Humanressourcen bereit, um in den kommenden 5 bis 10 Jahren eine kontinuierliche Anpassung der Qualifikation und der Kompetenz der Arbeitnehmer an die Erfordernisse des „flexiblen Unternehmens“ sicherzustellen?
 - Zu welchen Initiativen sind die Sozialpartner bereit, um Jugendlichen, die Schule und Berufsbildung abgeschlossen haben, zum Einstieg in den Arbeitsmarkt und zu der Möglichkeit der Aufrechterhaltung und der Weiterentwicklung der für die Informationsgesellschaft erforderlichen Basiskompetenzen zu verhelfen?
-

5. ZUSAMMENHALT: LEBEN IN DER INFORMATIONSGESELLSCHAFT

5.1 Die Probleme: Konzentration oder Zusammenhalt?

81. Die IKT haben die wirkungsvolle Eigenschaft, Entfernungen schrumpfen zu lassen und den Zugang zu Information und Dienstleistungen zu verbessern. Die neuen Technologien und Netze verfügen über das Potential, Arbeit in Gebiete mit hoher Arbeitslosigkeit zu bringen und die Nachteile weniger begünstigter und mehr am Rande liegender Regionen zu verringern.

82. Es herrscht jedoch auch Besorgnis über die Auswirkungen der IKT auf den Zusammenhalt. Zahlreiche Menschen befürchten, daß die neuen Technologien die bestehenden Ungleichheiten eher verstärken als verringern und zu einer Konzentration von Arbeitsplätzen und Produktion in einigen Kernregionen führen werden. Unruhe besteht auch hinsichtlich der Entwicklung einer Zweiteilung der Gesellschaft in „Wissende“ und „Nichtwissende“.

Allgemeiner gesehen sorgt man sich auch um die Zukunft der Demokratie in einer Gesellschaft, in der die Finanz- und Handelsmärkte über die nationalen Grenzen hinausgehen.

5.2 Die Tatsachen: Der Unterschied liegt in den staatlichen Maßnahmen

83. In unseren Marktwirtschaften gibt es starke Kräfte, die zu Konzentrationsbewegungen führen. Aus diesem Grunde sind starke, kohärente und öffentliche Maßnahmen für eine gerechte Verteilung und einen sozialen Zusammenhalt erforderlich, um den wirtschaftlichen Fortschritt und die soziale Gerechtigkeit ins Gleichgewicht zu bringen. Grundlegende Veränderungen wie diejenigen, die wir im Zusammenhang mit der Informationsrevolution beobachten, machen solche Politiken umso notwendiger, bieten jedoch auch zahlreiche neue Gelegenheiten, durch die IKT eine integrative und produktive Gesellschaft zu schaffen.

84. Zahlreiche Mitgliedstaaten sind sich der Notwendigkeit aktiver IKT-Politiken bewußt geworden. Es entwickeln sich aktive Strategien zum Ausbau der Informationsgesellschaft auf nationaler und regionaler Ebene. Ein allgemeiner Trend ist erkennbar. Generell konzentrieren sich die Strategien zu Beginn auf die grundlegenden Aspekte der Infrastrukturentwicklung und die Notwendigkeit der Unterstützung von Unternehmen – insbesondere von KMU – bei der Anpassung an die Informationsgesellschaft. Sobald die Unterstützung der infrastrukturbezogenen Aspekte greift, wird zur Entwicklung privater und/oder öffentlicher Partnerschaften ermutigt, um eine umfassendere Beteiligung an der Informationsgesellschaft zu fördern. So haben beispielsweise eine Reihe von Mitgliedstaaten Politiken entwickelt, die der Bedeutung einer Eingliederung der Schulen und anderer Bildungseinrichtungen in die Infrastrukturen der Informationsgesellschaft Rechnung tragen. Ein Beispiel für eine breiter angelegte Strategie ist das „Info-Society 2000“-Programm in Dänemark, durch das eine Reihe elektronischer öffentlicher Dienstleistungen zur Entwicklung der

Informationsgesellschaft und zur Förderung der sozialen Eingliederung in diese Gesellschaft unterstützt werden soll.

85. Natürlich ist es schwierig, die Auswirkungen der IKT von den weiterreichenden Faktoren zu trennen, die ebenfalls die soziale und regionale Entwicklung beeinflussen. Generell hat ein langsamer Trend in Richtung auf eine Konvergenz der Pro-Kopf-Einkommen zwischen den Mitgliedstaaten, jedoch praktisch keine Veränderung der Disparitäten der Gesamteinkommen zwischen den Regionen stattgefunden. Während sich einige der schwächsten Gebiete stark an das Niveau der übrigen angepaßt haben, haben sich die Unterschiede zwischen Regionen innerhalb desselben Mitgliedstaates mit der Zeit eher vergrößert.
86. Die EU-Politik spielt eine wichtige Rolle bei den Fortschritten, die von den beitrittswilligen Staaten gemacht wurden, um mit den übrigen Staaten gleichzuziehen. Die Strukturfonds haben sich bei der Verringerung der sozio-ökonomischen Disparitäten als wirksam erwiesen. Allerdings sind die betreffenden Ressourcen nicht umfangreich genug, um die allgemeinen Trends vollständig ausgleichen zu können. Die Regionalpolitiken in den Mitgliedstaaten sind offensichtlich weniger erfolgreich gewesen. Dies bringt neue politische Herausforderungen hinsichtlich des relativen wirtschaftlichen Vorteils von nicht zum Kern gehörenden Regionen sowie hinsichtlich der optimalen Maximierung der Möglichkeiten und der Minimierung der Risiken neuer IKT für den Zusammenhalt in der Union mit sich.

5.3 Die erste Herausforderung: Das Beste aus dem neuen Rechtsrahmen machen

87. Die erste Herausforderung besteht in der Notwendigkeit, das Potential der Liberalisierung im Telekommunikationsbereich und die Entwicklung des neuen Rechtsrahmens zu maximieren, die im Zentrum der Bewegung hin zur Informationsgesellschaft stehen. Die Verpflichtung zur vollständigen Liberalisierung bis zum 1. Januar 1998 wird sich erheblich auf die Entwicklung der IKT, die Produktivität und das Wachstum auswirken. Die IKT werden zu den wichtigsten Wegen für die Schaffung von Wohlstand. Der Zugang zu effizienten Telekommunikationsnetzen ist eine grundlegende Voraussetzung, um Nutzen aus der Informationsgesellschaft ziehen zu können. Erhebliche Unterschiede bleiben jedoch zwischen Mitgliedstaaten und Regionen hinsichtlich des Niveaus der bereitgestellten Basisinfrastruktur, der Kosten und der Zuverlässigkeit von Dienstleistungen sowie der Verfügbarkeit fortgeschrittener Dienste bestehen.
88. Durch ihre Arbeit will die Kommission sicherstellen, daß die Kombination von neuen Technologien und Liberalisierung bestehende regionale Unterschiede verringert statt vergrößert. Zwar wurde die vollständige Liberalisierung noch nicht erreicht, aber Erfahrungen mit bereits liberalisierten Märkten sind ermutigend: sogar in abgelegenen Gebieten haben sich die IKT umfangreich durchgesetzt. Um nur ein Beispiel zu nennen: Finnland hat – gemessen an der Bevölkerungszahl – von allen Staaten bei weitem die meisten Internet-Anschlüsse. Die Möglichkeit, Entfernungen schrumpfen

zu lassen, wird bereits als wichtiger Faktor bei der Entwicklung der Regionalpolitiken eingesetzt.

89. Die Liberalisierung wird jedoch nicht automatisch allen Regionen der Gemeinschaft diese Vorteile bringen, zum Teil weil die bestehenden Infrastruktur- und Dienstleistungsniveaus in manchen Gebieten erheblich niedriger sind, und zum Teil auf Grund bildungsbedingter und institutioneller Schranken bei der Benutzung der neuen IKT. Es muß dafür Sorge getragen werden, daß sich die bestehenden Disparitäten nicht vergrößern. Die Lösung kann jedoch nicht darin bestehen, die Liberalisierung der Telekommunikation zu verlangsamen und die Einführung der IKT zu behindern. Eher sollten flankierende Politiken für die Entwicklung von Infrastruktur und Humanressourcen verstärkt werden, wobei den Strukturfonds in diesem Zusammenhang eine wichtige Rolle zukommt.
90. Die Festlegung eines Universaldienstes – d. h. einer Mindestanzahl von zu erschwinglichen Preisen angebotenen Diensten – ist ein wichtiger Beitrag zum Zusammenhalt. Die Kommission hat dieses Thema bereits in ihrer vor kurzem herausgegeben Mitteilung über den Universaldienst in der Telekommunikation⁸ erörtert. Darüber hinaus bleiben jedoch noch wichtige Fragen hinsichtlich des Niveaus und der Qualität des Zugangs von benachteiligten und dünner besiedelten Regionen, von Gruppen mit besonderen Bedürfnissen und von öffentlichen Einrichtungen wie Schulen, Krankenhäusern und Bibliotheken zur gesamten Skala der Dienste der Informationsgesellschaft offen. Diese und andere Fragen sollen im Jahre 1998 im ersten Kontrollbericht der Kommission über die Bereitstellung eines Universaldienstes behandelt werden.

5.4 Die zweite Herausforderung: die Grundlage der Humanressourcen

91. Die zweite Herausforderung besteht in einer verstärkten Entwicklung der Humanressourcen zur Förderung offensiver Strategien in den Kohäsionsfonds-Regionen, damit diesen der Nutzen der Informationsgesellschaft zugute kommen kann. Die Bedeutung des neuen integrierten Ansatzes im Hinblick auf die IKT und die organisationsbezogene Erneuerung ist in Kapitel 3 erörtert worden. Die Notwendigkeit einer aktualisierten Politik zur Förderung der Fähigkeiten und Sachkenntnisse für die Informationsgesellschaft ist in Kapitel 4 erörtert worden.
92. Eine der Schlußfolgerungen ist, daß die Maßnahmen zur Stärkung der Humanressourcen in Zukunft zunehmende Bedeutung bekommen werden, da die Produktion von Gütern und Dienstleistungen immer stärker auf Wissen beruhen wird. IKT-Ausrüstungen können weltweit erworben und genutzt werden. Ein entscheidender Faktor für den längerfristigen Erfolg einer Region liegt in den Kenntnissen der Menschen und ihrer Fähigkeit, die IKT zu nutzen. Es besteht die Notwendigkeit, die Strukturfonds im Rahmen der sich entwickelnden Informationsgesellschaft neu auszurichten, um diesen Tatsachen Rechnung zu tragen. Die Politiken müssen stärker

⁸ KOM 96(73) endg. vom 13.03.96.

auf eine Stimulierung des Zugangs und der Benutzung der modernen IKT ausgerichtet sein.

93. Die Erfolgsaussichten in weniger begünstigten Regionen scheinen dort am stärksten zu sein, wo die Innovation erhebliche Veränderungen im organisationsbezogenen Verhalten sowohl in Unternehmen als auch in den öffentlichen Einrichtungen beinhaltet. Das neue Konzept des flexiblen Unternehmens könnte große Möglichkeiten für die Regionalentwicklung bieten.
94. Im Rahmen der Aktion "Für Beschäftigung in Europa – ein Vertrauenspakt" hat die Kommission die Initiative ergriffen, lokale und regionale Partnerschaften zur Verbesserung von Wachstum und Beschäftigung zu entwickeln. Ohne hierbei neue Strukturen zu schaffen, besteht das Ziel darin, politische Impulse auf lokaler Ebene zu erzeugen und zu verstärken und auf realistische, wirtschaftliche und beschäftigungswirksame Ziele auszurichten. Das wichtigste Element beinhaltet alle, die mit der Gründung von Unternehmen und der Schaffung von Arbeitsplätzen zu tun haben, in politische Überlegungen und Foren einzubeziehen, bei denen Vorschläge zustande kommen. Der Europäische Rat in Florenz hat den Start für die Auswahl von Pilotregionen und -städten freigegeben, die an territorialen Beschäftigungspakten teilnehmen wollen.
95. Der Prozeß einer stärkeren lokalen Beteiligung könnte ein wichtiger Faktor bei der Entwicklung einer neuen, beschäftigungswirksameren und mehr auf die Humanressourcen ausgerichteten Politik für den Zusammenhalt in der Informationsgesellschaft sein. Im Rahmen von Artikel 10 des EFRE und von Artikel 6 des ESF unterstützt die Europäische Kommission zwei Arten innovativer Aktionen in den Regionen, damit diese den vollen Nutzen aus der Informationsgesellschaft ziehen können. Erstens geht es um die Vorbereitung der regionalen Strategie für die Informationsgesellschaft und von Aktionsplänen auf der Grundlage der Herstellung eines regionalen Konsenses, beruhend auf umfassenden lokalen Partnerschaften im Zusammenhang mit der Frage, wie die Informationsgesellschaft in regionale Entwicklungspolitiken eingegliedert werden kann (einschließlich der Humanressourcen und der Arbeitsmarktaspekte). Zweitens geht es um die Entwicklung transnationaler Pilotanwendungen, durch die die erfolgreichsten Praktiken demonstriert werden können. Die Partner werden bei der Vorbereitung und dem Start von Anwendungen zusammenarbeiten, die zur Regionalentwicklung und zum Wachstum im Beschäftigungsbereich beitragen. Nachdruck soll auf benutzerfreundliche Anwendungen gelegt werden, die einen sozialen und wirtschaftlichen Nutzen erzeugen können und die im Zusammenhang mit umfassenderen regionalen Entwicklungsprioritäten stehen (einschließlich Anwendungen für spezifische soziale Gruppen, Arbeitsvermittlungsdienste, Berufsausbildung, offene und Fernlehre, Gesundheitsversorgung und Dienste zur Unterstützung der Unternehmen). Die Erfahrungen aus dieser und anderen Initiativen kann als Grundlage für eine breitere Unterstützung durch die Strukturfonds dienen.

5.5 Die dritte Herausforderung: Integration und mehr Kompetenz

96. Die dritte Herausforderung besteht darin, die Informationsgesellschaft zur Stärkung des sozialen Zusammenhalts und zur Steigerung der Fähigkeit der Menschen zu nutzen, umfassend an allen Aspekten des sozialen und wirtschaftlichen Lebens teilzunehmen und hierdurch ein Werkzeug für die Schaffung einer integrativen Gesellschaft zu bilden. In der Informationsgesellschaft sollte es um die Menschen gehen und sie sollte für die Menschen und durch die Menschen genutzt werden, um die Macht der Information zu erschließen, und nicht um neue Ungleichheiten zwischen denjenigen, die über Informationen verfügen, und denjenigen, die nicht darüber verfügen, zu schaffen bzw. bestehende Ungleichheiten zu verstärken.
97. Die Informationsgesellschaft schafft viele neue Möglichkeiten zur Verbesserung der Lebensqualität der Bürger Europas. Sie bietet die Gelegenheit, neue Arten von Verbraucherdienstleistungen und öffentlichen Dienstleistungen sowie neue Möglichkeiten des Zugangs zu bestehenden Diensten zu schaffen. Insbesondere können viele Nachteile auf neue Art und Weise angegangen werden.
98. Um dies zu erreichen, sind jedoch eine Reihe aktiver staatlicher Maßnahmen in vielen Bereichen erforderlich. Dies umfaßt insbesondere die Fachausbildung am Arbeitsplatz und den Zugang zu Bildungseinrichtungen sowie die Einbeziehung der IKT-Kunde in arbeitsmarktbezogene Maßnahmen sowie die Unterstützung und Entwicklung lokaler Gemeinschaften. Außerdem muß den Menschen das Rüstzeug gegeben werden, damit sie die Veränderungen verstehen und einen Bezug zu den Veränderungen bekommen, die sich durch die neuen Technologien in so unterschiedlichen Bereichen wie Beteiligung am demokratischen System und Einzelhandelsdienstleistungen, Lernen und Freizeit, Betreuung und Kultur ergeben. Sowohl für die öffentliche Politik als auch für die Schaffung von Märkten für die IKT sind die Beteiligung, der Zugang und das Vertrauen zu fördern. Zu Beispielen für Risiken und ihre Berücksichtigung gehören das Gleichgewicht der Generationen, die Behinderten und die Gesundheitsversorgung im allgemeinen. Betroffen ist außerdem das Problem der geschlechtsbezogenen Vorurteile sowohl im Zusammenhang mit dem Zugang zum als auch mit den umfassenderen Auswirkungen der IKT auf dem Arbeitsmarkt.
99. Viele dieser Fragen sind noch ausführlicher im Bericht der Gruppe der hochrangigen Sachverständigen und im ersten Jahresbericht des Forums zur Informationsgesellschaft erörtert worden. In diesem Bereich finden in den Mitgliedstaaten bereits Tätigkeiten in erheblichem Umfang statt. Es werden politische Initiativen ergriffen und Unternehmen und lokale Behörden reagieren darauf. Der Zugang zur Informationsgesellschaft verbessert sich. Die IKT werden benutzerfreundlicher. Die Europäische Union hat bei der Förderung dieses Vorgangs eine wichtige Rolle zu spielen, beispielsweise durch eine Konzentration von Kräften und Erfahrungen, Forschung und Entwicklung, gemeinsamen Pilotprojekten und Unterstützung der Strukturfonds.
100. Im Hinblick auf die Ziele der Übertragung von Verantwortung und der Integration in die Informationsgesellschaft ist dieses Grünbuch auf vier Hauptbereiche ausgerichtet. Der erste Bereich betrifft die Demokratie und die Bedeutung des Zugangs. Zweitens

geht es um die Chancengleichheit von Männern und Frauen. Drittens wird die Frage der Förderung der sozialen Integration, insbesondere für Gruppen mit besonderen Bedürfnissen, behandelt. Der vierte Bereich ist die Gesundheitsversorgung.

101. **Demokratie** besteht nicht nur darin, bei Wahlen zu wählen. Sie betrifft die Beteiligung und die Vertretung in einer Reihe von beschlußfassenden Foren auf zahlreichen Ebenen. Das europäische Modell ist in das Konzept der informierten Demokratie eingebettet. Eine echte Gewährung politischer Rechte macht den Zugang zu genauen und neuesten Informationen erforderlich, auf denen eine demokratische Wahlen bzw. demokratische Entscheidungen aufbauen können. Damit eine echte integrative Demokratie bestehen kann, muß die gesamte Bevölkerung einen chancengleichen Zugang zur Information haben, damit sie in wirksamer und gerechter Weise ihre Wahl treffen kann. Die Informationsgesellschaft kann die Demokratie fördern, indem sie einen gleichen und öffentlichen Zugang zur IKT-Infrastruktur, zu vernetzten Informationsdiensten sowie zu den Fähigkeiten gewährleistet, die für den Zugang zu diesen Diensten erforderlich sind.
102. Es ist wichtig, daß wir uns des großen Potentials für öffentliche Ausdrucks- und Experimentiermöglichkeiten in der Informationsgesellschaft bewußt werden, insbesondere in Bereichen, in denen die Kosten niedrig sind und die für Basisgruppen zugänglich sind. Wie das Forum zur Informationsgesellschaft in seinem ersten Jahresbericht feststellte, könnten sich die neuen Technologien außerordentlich positiv auf unsere Demokratien und individuellen Rechte auswirken, indem sie den Pluralismus und den Zugang zur öffentlichen Information verbessern und die Bürger in die Lage versetzen, mehr an der öffentlichen Entscheidungsfindung teilzunehmen. Die Vitalität der politischen Erörterungen könnte durch eine stärkere Nutzung der unmittelbaren Demokratie gestärkt werden. Gleichzeitig ist es allerdings auch wichtig, die eher negativen Aspekte der Informationsgesellschaft anzugehen. Die Verbreitung rassistischen und pornographischen Materials über das Internet beispielsweise gibt Anlaß zu erheblicher Besorgnis.
103. Ein Beispiel für die Schaffung neuer Möglichkeiten für eine größere Beteiligung der Öffentlichkeit sowie der Bewußtseinsbildung im Zusammenhang mit dem politischen Prozeß durch die IKT ist die nationale Informations-Infrastruktur der Regierung der Vereinigten Staaten, die eine Initiative für eine Online-Regierung umfaßt. Motiviert durch den Wunsch, die Beziehungen und den Dialog zwischen der Zentralregierung und der Öffentlichkeit zu erweitern, ist dies ein wichtiges Beispiel des Einsatzes der IKT zur Vergrößerung der demokratischen Beteiligung. Ein weiteres Beispiel ist in Europa das Programm „Info-Society 2000“ der dänischen Regierung, das die Entwicklung einer Reihe elektronischer öffentlicher Dienstleistungen zum Aufbau der Informationsgesellschaft und zur Förderung der sozialen Integration in dieser Gesellschaft beinhaltet. Es umfaßt ein Programm für ein „offenes Netzwerk der Gesellschaft“, worunter ein kohärentes Datenverarbeitungs- und Telekommunikationsnetz zu verstehen ist, das für den Bürger so einfach zu benutzen und so unmittelbar zugänglich sein wird, wie dies derzeit beim Fernsprechsysteem der Fall ist.

104. Diese Art des Ansatzes würde für die Europäische Union von grundlegendem Wert sein. Wenn er auf einer EU-weiten Grundlage koordiniert würde, könnte er den sozialen Zusammenhalt in der gesamten Union sehr verstärken und das Bewußtsein des Bürgers für eine europäische Identität fördern. Insbesondere wäre es von großem Vorteil, die Gemeinschaftsorgane selbst in offene Regierungsinitiativen einzubeziehen.
105. Eindeutig bietet die Informationsgesellschaft ein großes Potential hinsichtlich besser zugänglicher und wirksamerer öffentlicher Dienste. Der Schritt in Richtung auf die Erbringung elektronischer öffentlicher Dienstleistungen ist jedoch mit technischen und organisatorischen Herausforderungen verbunden. Wenn die öffentlichen Dienstleistungen ins Online-System einbezogen werden sollen, muß ein gewisser Zugang zu technischen Einrichtungen gewährleistet werden. Außerdem können es sich viele Menschen nicht leisten, als Einzelpersonen Dienstleistungen der Informationsgesellschaft zu abonnieren. Andere leben in Gegenden, in denen die Infrastruktureinrichtungen der Informationsgesellschaft weniger stark entwickelt sind. Es sind daher öffentliche Anschlußstellen oder one-stop-Informationszentren einzurichten, um die zu Hause durchgeführten Tätigkeiten bzw. erbrachten Dienstleistungen der Informationsgesellschaft zu ergänzen. Außerdem ist es wichtig, die Bedürfnisse von Menschen zu berücksichtigen, für die die auf IKT beruhenden Dienste schwierig zu benutzen oder zu handhaben sind.
106. Was die **Chancengleichheit** von Männern und Frauen anbelangt, bieten die IKT Möglichkeiten zur Verbesserung des Gleichgewichts zwischen Familienleben und Arbeitsleben. Die Veränderungen finden jedoch innerhalb eines stark abgegrenzten Arbeitsmarktes statt und die Auswirkungen der IKT sind für Frauen und Männer sehr unterschiedlich. Es ist daher wichtig, diese unterschiedlichen Auswirkungen in so verschiedenen Bereichen wie allgemeiner und beruflicher Bildung, Arbeitsrecht, Arbeitsmuster und Qualifikationsprofilen wahrzunehmen, um wirkungsvoll reagieren zu können. So können beispielsweise geschlechtsspezifische Vorurteile im Berufsbildungsprozeß überwunden werden, indem das Lehrmaterial „geschlechtsbewußter“ gestaltet wird oder indem sichergestellt wird, daß die allgemeine berufliche Bildung in einem Umfeld stattfinden kann, das für Frauen ansprechender und angenehmer ist, sowie durch die Unterstützung der Einrichtung von Telearbeits-Zentren, die unmittelbar auf die Unterstützung von weiblichen Arbeitskräften ausgerichtet sind. Außerdem können zahlreiche Fortschritte erzielt werden, indem Frauen in den Entwurf und die Spezifizierung von IKT-Erzeugnissen einbezogen werden. Unionsweit ist bereits vieles zur Bekämpfung von Benachteiligung und Ungleichheit getan worden, einschließlich der Arbeit der Gleichstellungstellen in sämtlichen Mitgliedstaaten und der spezifischen Maßnahmen im Rahmen des Vierten Aktionsprogramms für die Chancengleichheit von Frauen und Männern⁹.
107. Allgemeiner gesehen müssen die Veränderungen in den Beschäftigungssystemen im Anschluß an die technologischen Fortschritte mit einer bereichsübergreifenden Berücksichtigung der gleichheitsbezogenen Themen einhergehen, und zwar sowohl zum Zwecke einer langfristigen Wettbewerbsfähigkeit als auch der sozialen

⁹KOM(95) 381

Gerechtigkeit, damit das Potential der sich verändernden Rollen von Frauen und Männern in Beruf und Familie maximiert werden kann. So könnte beispielsweise von den gerade entstehenden prozeßgetriebenen und auf Teamwork beruhenden Arbeitsmustern gesagt werden, daß sie eher „weiblichen“ Arbeitsansätzen folgen. Auf diesem angeborenen Vorteil könnte aufgebaut werden, indem innovative Anwendungen von IKT-gestützter Teamarbeit und Multitasking entwickelt werden.

108. Die **soziale Integration** kann durch das den IKT innewohnende Potential zur Verwirklichung von Demokratie und Zugang und zur Bekämpfung von Ausgrenzung und Isolation jeglicher Art verstärkt werden. Die IKT werden es mehr Menschen ermöglichen, zumindest zeitweilig zu Hause oder in der Nähe ihrer Wohnung zu arbeiten, wodurch während des Arbeitstags mehr Gemeinden von Leben erfüllt werden. Sie werden es außerdem ermöglichen, daß mehr Dienstleistungen – insbesondere im Bildungs- und Gemeindebereich – auf lokaler Ebene erbracht werden. Wie die Gruppe hochrangiger Sachverständiger feststellte, könnten solche Veränderungen ganze Gemeinschaften neu beleben und zu stärkeren sozialen Netzen und einer Identifizierung mit dem Wohnort führen. Die IKT könnten außerdem dazu beitragen, einige der Nachteile im Zusammenhang mit Mobilitätsproblemen und einem unzureichenden Zugang zu überwinden. Darüber hinaus kann die Informationsgesellschaft die Teilhabe und damit die Einbeziehung und die Mitverantwortung der Bürger bei einer Reihe von Fragen wie etwa Umweltschutz fördern.
109. Gleichzeitig bedingt jedoch der Übergang zur Informationsgesellschaft Herausforderungen für den sozialen Zusammenhalt. Menschen, die in isolierten ländlichen Gemeinden oder in benachteiligten Innenstädten leben, die nicht erwerbstätig sind oder sich in einer Ausbildung befinden, werden kaum mit neuen Technologien in Berührung kommen oder Zugang zu diesen finden. Dies beinhaltet die Gefahr der Zweiteilung der Informationsgesellschaft. Dieser Übergang muß daher von einer Strategie begleitet werden, die der Förderung der aktiven Beteiligung innerhalb unserer Gemeinschaften dient. Die Neubelebung lokaler Gemeinschaften und die Förderung eines offensiven Bewußtseins in der Informationsgesellschaft ist aus folgenden Gründen wichtig:
- neubelebte Gemeinschaften sind besser in der Lage, Beschäftigungsmöglichkeiten und Wohlstand im Rahmen des globalen Marktes zu schaffen.
 - sich verändernde Trends im demographischen und sozialen Bereich bedeuten, daß eine zunehmende Anzahl von Menschen die eine oder andere Form der Betreuung benötigt,
 - die IKT haben ein bedeutendes Potential zur Unterstützung stärker zusammenhaltender und integrierter Gemeinschaften sowie zur Verringerung der Ausgrenzung gegenüber benachteiligten Gruppen,

- für viele Menschen verändert sich das Verhältnis zwischen Arbeitszeit und Freizeit, was bedeutende Auswirkungen auf Ebene des Individuums, der Familie und der Gemeinschaft hat;
 - für Langzeitarbeitslose müssen neue Wege gefunden werden, eine aktive Rolle in der Gesellschaft zu spielen.
110. Die Förderung des Zugangs zu den bzw. der Benutzung der IKT in Schulen ist lebenswichtig für die Entwicklung einer integrativen Informationsgesellschaft. Dieses Thema soll in dem anlaufenden Aktionsplan der Kommission zum Thema „Lernen in der Informationsgesellschaft“ behandelt werden. Das Lernen kann nicht weiter auf den Schulunterricht begrenzt bleiben. Die Informationsgesellschaft wird auch eine Wissensgesellschaft sein, in der die Notwendigkeit des lebenslangen Lernens – in der Schule, zu Hause und am Arbeitsplatz – an erster Stelle stehen wird. In diesem Zusammenhang ist den Bedürfnissen älterer Menschen besondere Aufmerksamkeit zu widmen, von denen häufig angenommen wird, daß sie weniger auf die Benutzung der IKT vorbereitet und unfähig zur Teilnahme an der Informationsgesellschaft sind.
111. In der Tat haben die IKT das Potential, die Lebensqualität älterer Menschen und von Menschen mit Behinderungen zu verbessern, indem sie eine eigenständige Lebensführung in der Gemeinschaft erleichtern und neue Möglichkeiten für den Zugang, die Teilhabe und die sozio-ökonomische Integration eröffnen. Die Verwirklichung dieses Potentials beinhaltet eine Anpassung der Technologie an die Bedürfnisse der Menschen. Beispielsweise können die IKT-Anwendungen alternative Arten der Kommunikation und der Informationsdarbietung ermöglichen, z. B. Multimediadienste für Menschen mit sensorischen Beeinträchtigungen. Sie können ebenfalls die Möglichkeit bieten, Tätigkeiten von zu Hause aus durchzuführen, beispielsweise Telearbeit oder Fernstudium für Menschen, die Schwierigkeiten mit dem Zugang zu Beschäftigung und zu Bildungsmöglichkeiten haben. Sie können ebenfalls den ortsfernen Zugang zur medizinischen und sozialen Versorgung sowie zu anderen Unterstützungsdiensten erleichtern.
112. In verschiedenen Städten und Regionen in ganz Europa sind Projekte gestartet worden, bei denen die IKT in innovativer Weise zur Unterstützung älterer und behinderter Menschen eingesetzt werden. Die Bedeutung der IKT als Werkzeug zur Förderung der Integration älterer und behinderter Menschen ist außerdem in einer Reihe von EU-Programmen bestätigt worden. HANDYNET beispielsweise ist ein europaweites rechnergestütztes Informations- und Dokumentationssystem über technische Hilfen für Behinderte; Forschung und Entwicklung im Zusammenhang mit der Benutzung von IKT-Produkten und -Anwendungen zur Unterstützung behinderter und älterer Menschen in ihrem Alltag wird derzeit im Rahmen des TIDE-Programms der EU (Telematics for the Integration of Disabled and Elderly - Telematikanwendungen zur Integration behinderter und älterer Menschen) gefördert. Es sollten Überlegungen im Zusammenhang mit der Frage angestellt werden, wie dies innerhalb des 5. Rahmenprogramms für Forschung und technologische Entwicklung fortgesetzt werden kann. Diese Fragen werden auch in der anstehenden Mitteilung der Kommission zum Themenkreis Behinderte behandelt werden.

113. Die Verwirklichung des vollen Potentials dieser neuen Anwendungen wirft jedoch wichtige Fragen hinsichtlich der Verfügbarkeit, der Erschwinglichkeit und der Zugänglichkeit der IKT auf. Während für einige Anwendungen nur eine einfache Telefonleitung notwendig ist, benötigen andere Anwendungen fortgeschrittenere Dienstleistungen, die möglicherweise nicht für jedermann zugänglich sind. Zusätzlich zu den laufenden Arbeiten zur der Entwicklung benutzerfreundlicher Anwendungen ist es daher ebenfalls wichtig, sicherzustellen, daß sowohl im Zusammenhang mit der Sozialpolitik als auch mit dem Rechtsrahmen für Telekommunikation sowie der Erbringung von Universaldiensten die sich entwickelnden Bedürfnisse älterer und behinderter Menschen umfassend berücksichtigt werden, damit diese in vollem Umfang an der Informationsgesellschaft teilnehmen und diese nutzen können. Viele dieser Fragen sollen im ersten Kontrollbericht der Kommission über die Erbringung von Universaldiensten im Jahre 1998 behandelt werden.
114. Das Konzept, die Erbringung und der Umfang der **Gesundheitsversorgung** wird in der entstehenden Informationsgesellschaft neu gestaltet und es besteht viel Raum für Innovationen. Die Einführung der IKT in den Gesundheitssektor – und insbesondere die Gesundheitstelematikdienste – werden eine bessere Abdeckung der Gesundheitsdienste erleichtern, die Qualität der diagnostischen Hilfsmittel und der Gesundheitsversorgung verbessern und dazu beitragen, die kosteneffiziente Erbringung von Gesundheitsdiensten in dünn besiedelten Regionen und in Randgebieten sicherzustellen.
115. Die Entwicklung der IKT berücksichtigt und schafft die Notwendigkeit zur Neuorganisation der Arbeit in den Gesundheitsdiensten auf allen Ebenen. Das gesamte Gesundheitsversorgungssystem wird davon ebenso betroffen wie die Erbringung der Gesundheitsdienste und die Verfahren. Die vom Personal im Gesundheitsdienst verlangten Arbeiten und Fähigkeiten werden sich grundlegend ändern. Größere Weiterbildungs- und Umschulungsmaßnahmen für diese Fachkräfte werden erforderlich sein. Zusätzlich dürften die Gesundheitstelematiksysteme dem Arzt hinsichtlich der Diagnosemöglichkeiten und der Information größere Unterstützung bieten.

Einsatz von IKT in der Gesundheitsversorgung

Der Einsatz von Rechnern und rechnergestützten Patientenunterlagen bei Erst- und Krankenhausbehandlung hat in den letzten zehn Jahren in Ländern wie etwa dem Vereinigten Königreich rasant zugenommen. Dort besitzen 90 % aller Allgemeinärzte einen PC und 79 % führen elektronische Patientenakte. In Dänemark sind dies 65 % und in den Niederlanden 80 % bzw. 40 %. In anderen Ländern ist die Entwicklung wesentlich langsamer verlaufen. Umfangreiche Anstrengungen wurden seit Beginn der 90er Jahre im Rahmen des FTE-Programms Telematikanwendungen für die Standardisierung elektronischer Patientenunterlagen und -karten unternommen. Durch die Kommunikation zwischen Krankenhäusern, Allgemeinärzten und Laboren haben sich die Qualität der Pflege, die Effizienz und das Kosten-Nutzen-Verhältnis stark verbessert.

116. Als Teil dieser Entwicklungen wird es zu einer umfangreicheren Erfassung und Übertragung ärztlicher Daten als in der Vergangenheit kommen. Die Gewährleistung eines hohen Niveaus in der Geheimhaltung und des Schutzes gesundheitsbezogener Daten wird daher vorrangig sein. Neue Sicherheitsmaßnahmen werden notwendig sein, um zu gewährleisten, daß sowohl die Fachkräfte als auch die Patienten Vertrauen in die neuen Systeme haben. Wie die Gruppe hochrangiger Sachverständiger festgestellt hat, könnte es in einigen Fällen notwendig sein, die Ethiknormen im Gesundheitssektor zu überprüfen.
117. Die Normung ist ebenfalls ein wichtiger Faktor bei der Gesundheitsversorgung mit Telematikunterstützung. Eine entsprechende Normung der Telematik- und der assoziierten Systeme einschließlich der Software ist auf europäischer, nationaler, regionaler und Gemeindeebene erforderlich, wenn der potentielle systemumfassende Nutzen für die Gesundheitsversorgung verwirklicht werden soll. Dies ist ein Bereich, in dem die Europäische Kommission zusammen mit den entsprechenden internationalen Normungsgremien eine gewisse Führungsrolle übernehmen kann.
118. Schließlich ist die Bewertung sowohl der positiven als auch der potentiell negativen Auswirkungen der IKT auf unterschiedlichen Ebenen des Gesundheitssystems äußerst wichtig. Zahlreiche Pilotprojekte in der Gesundheitsversorgung sind in Europa gestartet worden; eine kohärente Bewertung der Auswirkung der Telematikinnovationen hat bisher jedoch nur in geringem Umfang stattgefunden. Wie die Gruppe hochrangiger Sachverständiger festgestellt hat, sollten Versuche, Interventionen und Follow up-Studien zu den unterschiedlichen Alternativen und Auswirkungen neuer Organisationen gefördert werden. Die so erhaltenen Informationen und Erfahrungen sollten systematisch gesammelt, analysiert und verbreitet werden. Sie empfehlen außerdem, daß Clearinghaus-Tätigkeiten zur Analyse und zum Austausch solcher Informationen im Rahmen der Europäischen Union festgelegt werden sollten.

5.6 Konsolidierung des Fortschritts

119. Die Mitgliedstaaten entwickeln politische Konzepte und Maßnahmen zu den Themen im Zusammenhang mit der Verwirklichung eines sozialen Zusammenhalts in der sich entwickelnden Informationsgesellschaft. In all diesen Bereichen spielt auch die Europäische Union eine Rolle, und zwar unterstützt sie die konzeptionelle Arbeit durch den Einsatz von Mechanismen wie diesem Grünbuch und den Beratungen, aus denen es hervorgegangen ist, durch Konzentration von Kraft und Erfahrung auf spezifische Themen. Auch die Strukturfonds haben zu all diesen Bemühungen in erheblichem Umfang beigetragen.
120. Ein wichtiger Aspekt dieser Reihe von Tätigkeiten ist die Arbeit, die im Zusammenhang mit dem Vierten FTE-Rahmenprogramm zur Förderung der sozialen Anwendungen der IKT geleistet wurde. Das Ziel der Schaffung einer benutzerfreundlichen Informationsgesellschaft – beispielsweise durch die Ermittlung von Möglichkeiten, den Menschen einen leichteren Zugang zu Information und

Bildung während ihres gesamten Lebens zu verschaffen – gehören zu den prioritären Themen, die in der neuesten Mitteilung der Kommission über vorläufige Leitlinien für das Fünfte FTE-Rahmenprogramm¹⁰ festgelegt wurden.

5.7 Weiter zu untersuchende Fragen:

121. Die Intensivierung des Potentials der IKT zur Stärkung des Zusammenhalts und zur Verwirklichung der Integration auf Ebene der Mitgliedstaaten und der Union wirft folgende Fragen auf:

- Was könnte auf Gemeinschaftsebene, nationaler und regionaler Ebene noch getan werden, um den Nutzen des Liberalisierungsprozesses zu maximieren und den Übergang in die Informationsgesellschaft zu erleichtern?
- Welchen Grad der Priorität geben regionale und lokale Behörden der Informationsgesellschaft in ihrem Verantwortungsbereich? Welche Lehren wurden bereits aus der Entwicklung der regionalen Strategien und Pilotaktionen im Zusammenhang mit der Informationsgesellschaft gezogen und wie kann diese Erfahrung ausgebaut und verbreitet werden?
- Welche Strategien können im Zusammenhang mit regionalen Beschäftigungspakten entwickelt werden, damit es möglich wird, das Potential der Humanressourcen zu erschließen und die entwicklungsbezogenen Auswirkungen der IKT auf lokaler Ebene zu maximieren? Welche Art lokaler, regionaler und nationaler Aktivitäten kann eingeleitet werden, um die Entwicklung von Telematikanwendungen von gesellschaftlichem Interesse, die den Bedürfnissen der Benutzer entsprechen, zu fördern und zu erleichtern?
- Welche Aktionen sind im Zusammenhang mit der Stärkung des Demokratieprozesses durchzuführen, um das Potential eines umfassenden Engagements der Menschen in einer aktiven Gesellschaft zu maximieren?
- Wie können wir insbesondere sicherstellen, daß die IKT zur Bekämpfung von Nachteilen und Ungleichheiten eingesetzt werden und wie kann in diesem Zusammenhang der Beitrag von Gemeinschaftsaktionen maximiert werden?
- Wie können wir das große Potential der IKT hinsichtlich der Entwicklung einer besseren Bedarfsdeckung und Erbringung der Gesundheitsversorgung fördern?

¹⁰ KOM(96) 332

6. DIE INFORMATIONSGESELLSCHAFT – DER EUROPÄISCHE WEG

122. Die Europäische ist aufgebaut auf einer starken Tradition der kulturellen Vielfalt, der politischen Demokratie und der Marktwirtschaft. Die Mitgliedstaaten haben Sozialmodelle mit zahlreichen Gemeinsamkeiten einschließlich starker sozialer Rechte und unabhängiger Sozialpartner entwickelt, die in der Lage sind, Verantwortung für die Arbeitsbedingungen und für eine gerechte Verteilung zu übernehmen. Im Rahmen der Europäischen Union haben die Mitgliedstaaten einen Binnenmarkt mit 370 Millionen Verbrauchern und etwa 16 Millionen Unternehmen geschaffen – die größte Wirtschaftseinheit in der Welt.
123. Das europäische Sozialmodell baut sowohl auf Wettbewerb als auch auf Solidarität auf, und zwar Wettbewerb zwischen Unternehmen und Solidarität zwischen Bürgern und Mitgliedstaaten. Die europäische Informationsgesellschaft muß sich aus dieser wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Stärke speisen und hierbei technologische, wirtschaftliche und soziale Aspekte bei der Schaffung neuer Möglichkeiten für all ihre Bürger zusammenfassen.
124. Die Informationsgesellschaft verkörpert die grundlegendsten Veränderungen in unserer Zeit, mit gewaltigen Möglichkeiten für die Gesellschaft insgesamt, jedoch mit Risiken für Einzelpersonen und Regionen. Die Art und Weise, in der wir diese Gesellschaft entwickeln, muß die Ideen und Werte widerspiegeln, die die Europäische Union geformt haben. Um die Unterstützung der Bürger zu erhalten, sollten diese Ideen und Werte transparent und mit sozialer Gerechtigkeit verbunden sein. Zu diesem Zweck fordert die Kommission alle Betroffenen auf, über die Möglichkeit nachzudenken, daß die Gemeinschaft eine Reihe gemeinsamer Grundsätze für den Aufbau der Informationsgesellschaft formuliert.
125. Die Kommission schlägt vor, daß die politischen Konzepte und Maßnahmen folgendes berücksichtigen sollten:
 1. Stärkung der Fähigkeit der Wirtschaft der EU, Arbeitsplätze zu schaffen, hohe Niveaus und nachhaltige Grade von Wirtschaftswachstum und Beschäftigung zu erreichen, die volle Nutzung der IG durch die KMU zu gewährleisten sowie den Zusammenhalt in allen Mitgliedstaaten und Regionen unter Nutzung des Potentials der IKT zur Vergrößerung der Produktivität beim Einsatz von Arbeitskräften, Kapital und materiellen Ressourcen zu verbessern
 2. Verbesserung der Demokratie und der sozialen Gerechtigkeit durch die Gewährleistung, daß das Potential der IKT, relevante aktuelle Informationen über Angelegenheiten von gemeinsamem Interesse zu liefern und es den Bürgern zu ermöglichen, an der öffentlichen Entscheidungsfindung teilzunehmen, uneingeschränkt von den Regierungen unter Beteiligung der NRO unterstützt wird
 3. Gewährleistung, daß die Ziele der Politik der Chancengleichheit am Arbeitsplatz und zu Hause gefördert werden, indem der Bildung junger Menschen im

Zusammenhang mit den IKT besondere Beachtung geschenkt wird und indem IKT-Information und -Ausbildung in die verschiedenen Politiken und Aktionen eingegliedert wird, die die Unausgewogenheit der Geschlechterrollen der Erwachsenen ausgleichen sollen

4. Überwindung der Nachteile, denen benachteiligte soziale Gruppen ausgesetzt sind, und Gewährleistung, daß diejenigen, die derzeit keine Chance in der Gesellschaft haben, die Möglichkeit erhalten, die IKT zu beherrschen und dadurch ihre jeweilige Position zu verbessern, statt noch stärker benachteiligt zu werden
5. Unterstützung von Menschen mit besonderen Bedürfnissen, denen häufig bei der Verbesserung ihrer Lebensqualität und der Handhabung ihrer eigenen Bedürfnisse geholfen werden kann, sowie weitere Förderung ihrer Beiträge für die Gesellschaft insgesamt unter Einsatz der IKT
6. Abbau der Bürokratie und Verbesserung der Qualität und der Effizienz der öffentlichen Verwaltungen auf nationaler, regionaler und lokaler Ebene sowie Verbesserung der Gesamtvorteile der Dienste des Wohlfahrtsstaates, beispielsweise Gesundheitsversorgung und Bildung, durch Verbesserung der Effizienz und eine bessere Anpassung von Maßnahmen und individuellen Bedürfnissen

Zu allen in diesem Grünbuch aufgeführten Themen sind Kommentare erbeten. Bitte senden Sie diese Kommentare bis zum 31. Dezember 1996 an:

PEOPLE FIRST
Europäische Kommission
Generaldirektion für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten
GD EMPL/B/5
200, rue de Loi/Wetstraat 200
1049 Brüssel
BELGIEN

Kommentare können auch über E-mail geschickt werden an:

peoplefirst@fse.dg5.cec.be

Exemplare dieses Grünbuchs, des Berichts der Gruppe hochrangiger Sachverständiger und des Berichts des Forums Informationsgesellschaft sind auch über die obengenannte Anschrift oder über den ISPO Web server erhältlich:

URL: <http://www.ispo.cec.be//infosoc/legreg/docs/peopl1st.html>
<http://www.ispo.cec.be/hleg/hleg.html>
http://www.ispo.cec.be/info_forum/pub.html

Das Grünbuch ist auch über folgende Icons zugänglich: "The European Institutions", "European Commission", "Directory of the European Commission", "DG EMPL Employment and Social Affairs"; außerdem am Web-Site der Europäischen Union:

<http://europa.eu.int/>